Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
27 (1913)

54 (5.3.1913)

urn:nbn:de:gbv:45:1-579512

Visual Library

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes

Redaktion und Haupt-Expedition Rüstringen, Peterstraße Nr. 20/22. Fernsprech-Anschluß Nr. 58, Amt Wilhelmshaven. — Filiale: Ulmenstraße Nr. 24.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementspreis bei Vorausbezahlung für einen Monat einschließlich Bringerlohn 75 Pf., bei Selbstabholung von der Expedition 65 Pf., durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25 Mk., für zwei Monate 1,50 Mk., monatlich 75 Pf. einschließl. Bestellgeld.

Mit Unterhaltungs-Beilage und dem Sonntagsblatt „Die Neue Welt"

Bei den Inseraten wird die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum für die Inserenten in Rüstringen-Wilhelmshaven und Umgegend, sowie der Filialen mit 15 Pf. berechnet, für sonstige auswärtige Inserenten 20 Pf.; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Größere Anzeigen werden tags vorher erbeten. — Platzbestimmungen unverbindlich. Reklamezeile 50 Pf.

27. Jahrgang. Rüstringen, Mittwoch den 5. März 1913. Nr. 54.

Die patriotische Geste.

Die historische Festspielidee, durch eine einmalige Vermögensabgabe die **einmaligen** Ausgaben für die Militärvorlage zu decken, hat überall in der bürgerlichen Presse das stärkste Befremden hervorgerufen. Wäre nicht alles Taktik und Effektberechnung, die ganze bürgerliche Preßgesellschaft wäre über dies unglückliche Kind patriotischer Phantasie mit Knitteln und Steinen hergezogen. So aber hält man sich zurück. Patrioten sind sie alle, zahlen wollen sie keiner, und dabei haben sie furchtbare Angst vor einander und vor der Sozialdemokratie: keiner will sich nachsagen lassen, daß er der erste gewesen, der erschrocken an das Portemonnaie gegriffen habe.

Trotzdem in der konservativen wie in der liberalen Presse, bei aller Zurückhaltung, Vorsicht, Diplomatie, das gleiche Mißbehagen! Und wenn wir ehrlich sein wollen — wir halten Ehrlichkeit immer noch für die beste Politik — dieses Mißbehagen ist begreiflich, und neben den schäbigen Instinkten eines stets nur zur Aufopferung anderer bereiten Patriotismus sind es Erwägungen sehr ernster finanzpolitischer Natur, die die allgemeine Abneigung gegen die einmalige Vermögensabgabe verständlich machen. Die „Voss. Zeitung" meint in ihrem Montagsartikel ganz zutreffend, wenn die Sozialdemokratie mit einem derartigen Vorschlag im Reichstag hervorgetreten wäre, so wäre ein Entrüstungssturm losgebrochen, man hätte von Expropriation der Expropriateure, von Konfiskation des Vermögens, von Aufhebung des Eigentums gesprochen. An ihrer Beweisführung ist alles richtig — bis auf die Voraussetzung, **denn die Sozialdemokratie hätte einen derartigen Vorschlag eben niemals gemacht.**

Der Sozialdemokratie kommt es nicht auf den Bluff, auf den theatralischen Effekt an, sondern sie will einfach und nüchtern die **dauernde** Heranziehung der besitzenden Klassen zu den Reichslasten und die dauernde Entlastung der Besitzlosen. Die Sozialdemokratie wird, sobald die einmaligen und dauernden Ausgaben der Militärvorlage bekannt sind, ihre Rechnung darüber aufstellen, um wieviel der Reichsetat dadurch im Ganzen belastet wird. Und sie wird, wenn es ihr nicht gelingt, die Militärvorlage zu Fall zu bringen, verlangen, daß die betreffende Summe aus Besitzsteuern, d. h. aus Steuern auf die großen Erbschaften, Vermögen und Einkommen gedeckt wird. Ob das Geld für die einmaligen Ausgaben auf einmal auf den Tisch gelegt, oder ob eine notwendig werdende neue Reichsanleihe aus den Mitteln der Besitzenden verzinst und getilgt wird, ist dabei eine verhältnismäßig nebensächliche Frage. Hauptsache ist, daß die Lasten von den Reichen getragen werden, daß die Armen aber verschont bleiben und entlastet werden.

Die Haltung der bürgerlichen Presse aber, vor allem der offiziösen und der konservativen bestätigt unsere Vermutung, daß man aus der großen patriotischen Festvorstellung noch ein Geschäft machen will. Die Besitzenden sollen den kleinen Teil der Last, die einmaligen Ausgaben, auf sich nehmen, der vielfach größere Teil, die dauernden Ausgaben sollen dagegen wieder sachte auf die Schultern der Besitzlosen abgeschoben werden. Anders kann man es nicht verstehen, wenn die „Bayer. Staatszeitung" schreibt:

> Einmal auf dem Boden der Uebereinstimmung über die **große Frage**, würden die Parteien, und darin liegt die weitere Bedeutung der geplanten Vermögensabgabe, **leichter gemeinsame Wege für die Beschaffung der laufenden Ausgaben finden.**

Darin liegt, wie wir schon gesehen haben, eine Verschiebung des Tatbestandes. Die „große Frage" ist nicht, wie die **erste** Milliarde aufgebracht werden soll, sondern woher die **vielen andern Milliarden** genommen werden sollen, die die Vorlage im Laufe der Jahre kosten wird. Die „große Frage" ist nicht, wie man sich aus einer augenblicklichen Verlegenheit hilft, sondern wie man die im Jahre 1909 „geordneten" und jetzt wieder gänzlich zerfahrenen Reichsfinanzen dauernd in Ordnung halten kann. Zu diesem Zweck wird noch den vorliegenden Schätzungen mindestens ungefähr eine Viertelmilliarde neuer **jährlicher** Einnahmen notwendig sein. Wer zahlt **die?** Das ist die „große Frage!"

Auf diese große Frage aber klingt aus dem Lager der Besitzenden die Antwort zu uns herüber: **„Wir nicht!"** Einmal wollen sie, wenn es schon gar nicht anders geht, in die Tasche greifen, aber nur wenn man ihnen schriftlich gibt, daß sie es nie, nie wieder zu tun brauchen. So schreibt auch das schon erwähnte bayerische Regierungsorgan:

> Daß die Anwendung dieses Prinzips nur eine **einmalige und ausnahmsweise**, durch die außerordentlichen Umstände bedingte sein kann und darf, darüber besteht wohl nirgends ein Zweifel.

Der konservative „Reichsbote" erwartet, daß Vorsorge getroffen wird, „um die Sozialdemokratie zu verhindern, gegebenenfalls durch das dem Reichstag jetzt zum ersten mal gebotene Mittel einer einmaligen Abgabe vom Vermögen auch für andere ihr genehmere Zwecke Geld in Hülle und Fülle zu schaffen." Es wird also eine gesetzliche Sperrvorrichtung gewünscht, um die Heranziehung der Vermögensabgabe zu Zwecken der Kulturförderung und der sozialen Fürsorge zu verhindern. Und obendrein wird noch „aufs Schärfste betont", daß selbst für die heiligen Zwecke des Militarismus nur eine **einmalige** Vermögensabgabe erlaubt werden darf. Nicht minder hat die „Kreuzzeitung" „ernsteste Bedenken gegen den Plan, die nicht einmal so sehr in einer einmaligen Durchführung als vielmehr in den **Konsequenzen für die Zukunft** begründet sind."

Diese Angst vor den Konsequenzen ist weiter nichts als Angst vor der Sozialdemokratie, eine Angst, die allerdings zum Teil auf sehr unzureichenden Vorstellungen vom Wesen der sozialdemokratischen Finanzpolitik beruht. Die Sozialdemokratie denkt nicht daran, die Expropriation der Expropriateure auf dem Wege der Besteuerung zu versuchen, es wäre dies das denkbar ungeeignetste Mittel. Steuern sind nicht dazu da, um die Expropriateure zu expropriieren, sondern um die Bedürfnisse des Staates zu decken. Nennt man es schon Expropriation, wenn die Steuern von denen bezahlt werden sollen, die es dazu haben, so ist es eine noch viel grausamere Expropriation, wenn man sie dort nimmt, wo beinahe nichts mehr zu holen ist. Hätten die Arbeiter in den letzten zwanzig, dreißig Jahren das Geld, das ihnen das Reich abnahm, auf die hohe Kante legen können, dann hätten die meisten schon ein ganz nettes Sparkassenbuch. Nicht für die Besitzenden, nur für die Besitzlosen wirkt die Besteuerung als eine Expropriation. Eine Expropriation bis aufs bloße Hemd!

Um dieser Expropriation der Armen Einhalt zu tun, will die Sozialdemokratie die Reichen besteuern. Nicht der „Expropriation der Expropriateure" zuliebe, die steht auf einem ganz andern Blatt. Und so wäre es an der Zeit, die Diskussion über die Deckungsfrage aus dem Gebiet unklarer Phrasenhaftigkeit und unwahrer Theatralik wieder auf den Boden der nüchternen Sachlichkeit zu bringen. Dazu ist aber vor allem nötig, daß die Regierung — statt die bunten Einfälle einer finanzpolitisch dibettierenden Romantik in die Oeffentlichkeit zu werfen — einen klaren umfassenden Plan zur Deckung der beabsichtigten Neuausgaben veröffentlicht. Das Volk will von den Fürsten des Throns, des Großgrundbesitzes und der Börse keine verdächtigen Geschenke, **es fordert von ihnen, daß sie bei der Tragung der Reichslasten, der Neuordnung der Reichsfinanzen tun, was ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit ist!**

*

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" macht folgenden Vorschlag:

> Wir erwarten und stellen die Forderung, daß der Reichstag die gesamte Heeresvorlage ohne Markten en bloc annimmt. So wie es in erfreulicher Kundgebung mit der letzten Marinevorlage geschah. Ueber Staatsnotwendigkeiten darf man nicht feilschen — so viel sollten wir aus vier Jahrzehnten Reichsgeschichte gelernt haben. Eine demonstrative Annahme wird gleichermaßen gefordert durch die Würde des Reiches und durch den Eindruck auf das Ausland.

Die kommenden Besitzsteuern en bloc anzunehmen, wird das Organ der Schlotbarone bestimmt nicht empfehlen, denn mit der Militärvorlage verdienen die Industrie-Magnaten Geld, die Steuervorlagen aber gehen ihnen an den Geldbeutel. Wenn der Reichstag auf diesen Vorschlag eingehen sollte — und es hat in der Tat den Anschein — dann würde er seine Pflicht, die Vorlagen der Regierung genau zu prüfen, wieder einmal gröblich verletzen.

Politische Rundschau.

Rüstringen, 4 März.

Wahlrechtsänderung in Anhalt.

Der anhaltische Landtag ist am Mittwoch eröffnet worden. Unter den Vorlagen der Regierung erweckt die Vorlage betreffend die Abänderung des Landtagswahlrechts naturgemäß das meiste Interesse im Lande. Der Landtag zählt bisher 36 Abgeordnete, zwei davon ernennt der Herzog, acht wählen die meistbesteuerten Handel- und Gewerbetreibenden, zehn das platte Land und vierzehn die Städte. Stimmberechtigt zu den Wahlen der meistbesteuerten Grundbesitzer sind diejenigen Grundbesitzer, die 63 Mark und mehr zur festen Grundsteuer zahlen. Stimmberechtigt zu den Wahlen der meistbesteuerten Handel- und Gewerbetreibenden sind die Handels- und Industrieleute, die mit einem aus ihren Betrieben herrührenden Einkommen von mindestens 18 000 Mark zur Einkommensteuer veranlagt sind. Fabrikdirektoren sind in dieser Klasse nicht wahlberechtigt. Wahlberechtigt zu den Wahlen der Städte und des platten Landes sind alle Anhaltiner, die 25 Jahre alt, seit mindestens sechs Monaten in Anhalt ihren Wohnsitz haben, in den Städten ein Einkommen von mindestens 1050 Mark und auf dem Lande ein solches von mindestens 600 Mark versteuern.

Nach der Abänderungsvorlage der Regierung soll der Landtag künftig 44 Abgeordnete (acht mehr) haben, nämlich zwei vom Herzog ernannte Abgeordnete (wie bisher), acht Abgeordnete der meistbesteuerten Grundbesitzer (wie bisher), vier Abgeordnete der meistbesteuerten Handel- und Gewerbetreibenden (zwei mehr), einen Abgeordneten der Handelskammer (neu), einen Abgeordneten der Handwerkskammer (neu), einen Abgeordneten der Arbeitskammern (neu), sechzehn Abgeordnete der Städte (zwei mehr), elf Abgeordnete des platten Landes (einer mehr). Von den Abgeordneten der Städte und des platten Landes sollen aber je fünf den Wählern vorbehalten bleiben, die zur Einkommensteuer mit einem Einkommen von 3000 Mark oder mehr veranlagt sind (zweite Abteilung). Zur Teilnahme an den Wahlen der dann noch verbleibenden elf Abgeordneten der Städte und sechs des platten Landes soll eine Steuerleistung nicht mehr erforderlich sein (erste Abteilung). Der Zensus von 1050 Mark in den Städten und 600 Mark auf dem Lande soll also aufgehoben werden. Die Wähler der zweiten Abteilung sollen aber auch in der ersten Abteilung wahlberechtigt sein, sollen somit zwei Stimmen haben. Stimmberechtigt sollen die männlichen anhaltinischen Staatsangehörigen sein, die das 25. Lebensjahr vollendet und seit mindestens drei Jahren (bisher sechs Monate) ihren Wohnsitz in Anhalt haben. Bisher war das Wahlverfahren geheim und indirekt, künftig soll es geheim und direkt sein.

Unter dem bisherigen Wahlrecht haben die Konservativen mit den sich nationalliberal nennenden Freikonservativen eine Mehrheit von mehr als zwei Drittel im Landtage. Die Freisinnigen haben fünf Mandate und die Sozialdemokratie hat eins. Bei einer Neuwahl nach dem jetzigen Gesetz hätte die Sozialdemokratie ganz sicher in den Städten sowohl als auch auf dem Lande mehrere Mandate erobert, denn der Zensus von 1050 Mark hat es nicht mehr verhindern können, daß die Sozialdemokratie in den Gemeinderäten einiger Städte zur Mehrheit gelangte. Die Mehrheit der Konservativen und Freikonservativen wäre allerdings dank der ihnen immer zufallenden Mandate der Privilegierten niemals zu erschüttern gewesen. Seit Jahren ist deshalb die Sozialdemokratie gegen dieses Wahlrecht, das einer ganz kleinen Minderheit des Volkes die Herrschaft im Landtage ermöglichte, Sturm gelaufen. Und nun kommt die Staatsregierung noch jahrelangem Drängen mit einer Wahlrechtsänderung, die die Festigung dieses skandalösen Zustandes zum Ziel hat. Denn den Konservativen und Freikonservativen werden totsicher die zwei Mandate zufallen, die der Herzog zu vergeben hat, die acht der meistbesteuerten Grundbesitzer, die vier der meistbesteuerten Handel- und Gewerbetreibenden, das Mandat der Handelskammer, das der Handwerkskammer und die zehn Mandate der zweiten Abteilung in Stadt und Land, insgesamt 26 Mandate. Da ihnen aber auch noch einige Mandate auf dem Lande und in den Landstädten, aus der ersten Abteilung zufallen werden, so werden sie es ganz gewiß auf 30 Mandate bringen. Das Mandat der Arbeitskammer soll solange ruhen, bis diese Kammern durch Reichsgesetz zur Einführung gelangen, es wird also noch sehr lange Zeit unbesetzt bleiben. Sozialdemokraten und Freisinnige können es mithin vor der Hand zusammen auf 13 Mandate, niemals aber auf mehr als 14 bringen. Das ist auch der von der Staatsregierung gewollte Zustand, wie aus der Begründung der Vorlage hervorgeht.

Unsere Parteigenossen in Anhalt haben sofort nach Erscheinen der Vorlage den Wahlrechtskampf organisiert und werden alles aufbieten, um zu verhindern, daß das volksfeindliche Machwerk der Regierung Gesetz wird.

Deutsches Reich.

Die Reformfeindlichkeit des Dreiklassenparlaments. Das preußische Abgeordnetenhaus besprach gestern die finanzwirtschaftliche Seite der Eisenbahnen. Die Debatte bewegte sich in demselben Gleise wie in früheren Jahren. Obwohl die Eisenbahnüberschüsse ganz gewaltig gestiegen sind, will man doch von Tarifreformen nichts wissen, und auch Steuererleichterungen steht die Mehrheit des Abgeordnetenhauses und die Regierung durchaus unsympathisch gegenüber. Es ist erwiesen und wird von allen Seiten zugegeben, daß die 1. Wagenklasse mit Defizit arbeitet. Anstatt nun endlich, wie es von sozialdemokratischer und fortschrittlicher Seite gewünscht wird, die 1. Wagenklasse zu beseitigen, will die Mehrheit Hand in Hand mit dem Minister die Tarife für diese

Landesbibliothek Oldenburg

Klasse sogar noch herabsetzen. Das Defizit würde dann natürlich um so größer werden. Auf der anderen Seite steht der Minister dem Verlangen des sozialdemokratischen Redners Strödel auf Einlegung von Wagen 4. Klasse bei Schnellzügen durchaus ablehnend gegenüber. Auch die Frage der deutschen Eisenbahngemeinschaft wurde wiederum von allen Rednern gestreift. Konservative und Zentrum stehen diesem Gedanken feindlich gegenüber; den Nationalliberalen schwebt die Eisenbahngemeinschaft als Ideal vor, oder sie glauben, daß sich dies Ideal in der Praxis nicht verwirklichen läßt. Auch der Minister ist, wie er bereits wiederholt erklärt hat, Gegner einer Eisenbahngemeinschaft. Der sozialdemokratische Redner schilderte eingehend die Abhängigkeit der Eisenbahnen von den Finanzen. Bemerkenswert ist, daß der freikonservative Abg. Freiherr v. Zedlitz wie alljährlich auch diesmal wieder eine strengere Disziplin im Interesse der Betriebssicherheit verlangt. Diese Scharfmacherei gehört nun einmal zum ständigen Repertoir des freikonservativen Führers.

Die Osterferien des Reichstags. Nach den ursprünglichen Abmachungen sollten die Sitzungen des Reichstags bis zum 14. März dauern, um dann nach einer kurzen Osterpause wieder aufgenommen zu werden. Plötzlich ist darin eine Aenderung eingetreten. Der Reichstag soll nämlich bereits am kommenden Sonnabend den 8. März in die Ferien gehen und erst am 2. April wieder zusammentreten. Neben dem Marineetat sollen diese Woche noch der Kommunaletat und das Etat-Notgesetz erledigt werden. Die nachstehenden Etats: Militär-Etat, auswärtiges Amt, Reichskanzler, Reichsschatzamt usw. können gegenwärtig nicht beraten werden, weil man in diesen Aemtern alle Hände voll zu tun hat mit der Vorberatung der Militärvorlage und der Frage der Deckung. Der Etat des auswärtigen Amtes kann nicht beraten werden, weil der neue Staatssekretär v. Jagow sich noch nicht völlig in sein neues Amt eingearbeitet hat, so daß für die nächsten Wochen Beratungsstoff für das Plenum des Reichstags nicht vorhanden wäre. Man rechnet damit, daß Mitte nächster Woche die neue Militärvorlage veröffentlicht wird.

Ostafrika in der Budgetkommission. Bei der Weiterberatung des Etats für Ostafrika in der Freitagssitzung der Budgetkommission des Reichstages erklärte der Staatssekretär, daß in allen Kolonien in der Hand des Gouverneurs sowohl die politische, wie auch die militärische Macht vereinigt sei. Von einer besonderen Militärherrschaft könne nicht die Rede sein. Alle militärischen Unternehmungen bedürften der Genehmigung durch den Gouverneur. Wenn Askaris (farbige Soldaten) sich Uebergriffe gegen Eingeborene herausnehmen, trete stets, wenn solche Fälle bekannt werden, Bestrafung ein. Damit war die Generaldebatte beendet. Die beiden sozialdemokratischen Anträge, die eine bessere Schulbildung und die Verhinderung jeglichen Arbeitszwanges fordern, fanden Annahme. — Genosse Ledebour rügte die Ausrottung des Wildes in bestimmten Bezirken und wünschte Auskunft darüber, ob Vorsorge getroffen sei, der Ausrottung des Großwildes (Elefanten usw.) zu steuern. — Staatssekretär Solf erklärte, eine Schonzeit sei noch nicht eingeführt, doch hätten die Bezirksamtmänner genügend Amtsgewalt, um Schutzmaßregeln zu treffen. — Unsere Genossen beantragten, die Schutztruppe in Ostafrika um zwei Kompagnien zu vermindern. — Staatssekretär Solf wandte sich gegen diese Forderung. — Die sozialdemokratische Forderung wurde abgelehnt. — Vorgestern drohte der Abgeordnete Erzberger, das Zentrum werde, angeregt durch die Menschenschlächtereien in Ostafrika, gegen die Schutztruppe vorgehen. In der heutigen Sitzung stimmte das Zentrum nun gegen den sozialdemokratischen Antrag, womit wieder einmal bewiesen ist, wie haltlos und auch frivol die gewohnheitsmäßigen Drahtereien des Herrn Erzberger sind.

Zum Konflikt in der polnischen Reichstagsfraktion. Die polnische Reichstagsfraktion hat sich in zwei Sitzungen mit der Frage des Solidaritätsbruchs bei der Abstimmung über den Antrag Ablaß, betr. Zollerleichterungen, beschäftigt. Es wurde, wie der „Kurier" mitteilt, beschlossen, an dem bisherigen Solidaritätsprinzip nicht zu rütteln; alle Anträge, die auf eine Lockerung oder Aufhebung der Solidarität innerhalb der Fraktion hinzielten, wurden einstimmig abgelehnt. Danach sind also die polnischen Arbeitersekretäre, die „Volksparteiler" und „Nationaldemokraten" verpflichtet, in allen Fragen, auch in rein wirtschaftlichen, mit den polnischen Großagrariern, den Fürsten, Grafen und Schlachzitzen zusammenzugehen. Das polnische Volk aber sollte sich dieses wohl merken und sich bei den Wahlen nicht wieder von den sogenannten „Volksparteilern" einfangen lassen, die später im Reichstage die Volksinteressen verraten!

Eine Nachwahl zum lippischen Landtage, an der der liberale Reichstagsabgeordnete für Lippe, Dr. Neumann-Hofer, beteiligt war, hat zwar diesem in der Stichwahl am 1. März den Sieg gebracht, aber das Ergebnis ist für den Niedergang des Liberalismus bezeichnend. Unser Genosse Becker blieb nur 50 Stimmen hinter der liberalen Stimmenzahl zurück, und das in einem Kreise, der bisher als absolut sicher für die Liberalen galt.

Wieder ein Angriff auf die Abgeordneten-Immunität. Die demütigende Stellung, in welche die Reichsregierung zur preußischen Junkerregierung sich hat drängen lassen, wurde bekanntlich bei Beratung des Etats des Reichsamts des Innern von unserem Genossen Fischer an ein paar Beispielen dokumentarisch nachgewiesen. Sofort schrie Herr Delbrück auf, bestätigte die Richtigkeit der vom Genossen Fischer vorgebrachten Tatsachen, klagte aber über „Vertrauensmißbrauch" und lief — zum Staatsanwalt. Aber auch der wird ihm nicht viel helfen können. Zwar ist am 28. Februar Genosse Fischer vor dem Richter zitiert worden, um als Zeuge gegen den „noch unbekannten" Vertrauensbrecher vernommen zu werden. Fischer lehnte unter Berufung auf Artikel 30 der Reichsverfassung jede Aussage ab. Aber er hatte damit bei dem vernehmenden Richter kein Glück, nach dessen Auffassung dieser Artikel 30 für den vorliegenden Fall nicht zutreffe. Nun lautet der Artikel 30 der Reichsverfassung:

Kein Mitglied des Hauses darf zu irgend einer Zeit wegen seiner Abstimmung oder wegen der in Ausübung seines Berufes getanen Aeußerungen gerichtlich oder disziplinarisch verfolgt oder sonst außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden.

Der Artikel unterscheidet also ausdrücklich zwischen gerichtlicher und disziplinarischer Verfolgung und der sonstigen Zurverantwortunggziehung. Man könnte also annehmen, daß damit die Abgeordneten in Bezug auf ihre parlamentarische Redefreiheit genügend beschützt und vor staatsanwaltschaftlichen Belästigungen gesichert seien. Aber juristischer Verstand und der gesunde Menschenverstand sind zwei Dinge, die sehr häufig sich gegenseitig ausschließen. Und so ist denn das Berliner Kammergericht als oberste Instanz glücklich zu der Entscheidung gekommen, daß es keine „Zurverantwortunggziehung" sei, wenn ein Abgeordneter unter dem Druck des Zeugeneides gezwungen wird, Aussagen über die seinen Ausführungen im Reichstage zu Grunde liegenden Tatsachen zu machen. Und selbst wenn der Abgeordnete unter die drohende Perspektive gestellt wird, bei Verweigerung des Eides bis zu sechs Monaten ins Gefängnis wandern zu müssen, so ist auch das noch immer keine „Zurverantwortunggziehung". Deshalb hatte auch unsere Fraktion vor einigen Jahren einen Zusatz beantragt, der die Immunität der Abgeordneten wirklich sichern konnte; dieser lautete:

„Demgemäß sind die Mitglieder des Reichstages auch berechtigt, in Ansehung dessen, was ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut ist, das Zeugnis zu verweigern. Gegenstände, die ein Mitglied des Reichstages in dieser Eigenschaft erhalten hat, und die sich in seinem Besitz oder seiner tatsächlichen Gewalt befinden, sind der Beschlagnahme entzogen. Dasselbe gilt von den Aufzeichnungen, die Mitglieder des Reichstages in dieser Eigenschaft gemacht haben."

Da aber dieser Zusatz heute noch nicht Gesetz ist, so blieb unserm Genossen Fischer natürlich nichts weiter übrig, als sein Zeugnis auf Grund des § 54 der StrPO. zu verweigern, weil je nach Beantwortung der Frage bzw. nach Lage der Sache er selber sich der Gefahr der strafrechtlichen Verfolgung aussetzen könnte. — So blieb also die Mithilfe des sozialdemokratischen Abgeordneten zur Herausbringung des staatsgefährlichen „Vertrauensbruches" erfolglos, was sich aber Staatssekretär, Staatsanwalt und Untersuchungsrichter schon vorher hätten sagen können.

Eine Sinekure. Der bisherige Militär-Attaché an der preußischen Gesandtschaft in München, Major Freiherr von Bernstein, ist durch den preußischen Major von Lewinski ersetzt worden. Dieser Posten ist eine Sinekure, wie sich in dem an solchen Stellen ziemlich reichen Etat nur wenige finden. Die Aufgabe eines Militär-Attachés besteht darin, daß er die Entwicklung des Heeres in dem Lande, in dem er beglaubigt ist, genau verfolgt und über seine Erfahrungen an seinen Heimatsstaat berichtet. Was aber ein preußischer Major in München zu beobachten hat, und was er über die Entwicklung der bayerischen Armee nach Berlin berichten soll, das ist völlig unverständlich. Von sozialdemokratischer Seite ist mehrmals in der Budgetkommission der Antrag gestellt worden, diesen Posten als vollkommen überflüssig zu streichen. Diesem Antrag wurde aber entgegengehalten, daß es sich hier um einen Staatsvertrag zwischen Preußen und Bayern handele, der nicht einseitig aufgehoben werden könne. Nachdem diese Stelle jetzt erledigt war, wäre es unbedingt angebracht gewesen, sie vakant zu lassen, denn es heißt denn doch das Geld der Steuerzahler mit beiden Händen zum Fenster hinauswerfen, in München einen Major zu unterhalten, der sich höchstens den Kopf darüber zerbrechen muß, wie es ihm gelingt, seine Zeit totzuschlagen.

Ein Nachspiel zum polnischen Boykott. Vor der Posener Strafkammer hatte sich die polnische Agitatorin, Frau Ewald, zu verantworten, die in einer großen Frauenversammlung in Urbanowo bei Posen, in der zum Boykott aller deutschen Kaufleute, Handwerker und Gewerbetreibenden aufgefordert wurde, als Rednerin aufgetreten war. Die Angeklagte wurde wegen Vergehens gegen § 111 des Strafgesetzbuches zu 90 Mark Geldstrafe oder 30 Tagen Gefängnis verurteilt. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt.

Oesterreich-Ungarn.

Erklärung der ungarischen Parteileitung. Aus Budapest wird uns unterm 3. März gemeldet: Die Tagesblätter verbreiten beharrlich falsche Gerüchte über den Aufschub oder die Abrüstung des Generalstreiks. Demgegenüber hat die Parteileitung folgende Erklärung veröffentlicht:

„Die Parteigenossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß sämtliche Gerüchte über den Beginn des Streiks wie über die ev. Abrüstung, die die bürgerlichen Blätter verkünden, falsch und erlogen sind. Die Parteileitung erklärt, daß sie vom außerordentlichen Parteikongreß die Pflicht übernommen hat, den Generalstreik ev. einzuberufen, und behält sich das Recht vor, den Zeitpunkt des Ausbruchs des Streiks zu bestimmen, aber nicht dann, wenn die Regierung mit ihrer militärischen Bereitschaft dies wünscht, sondern wenn die Parteileitung den Zeitpunkt für am günstigsten hält."

Die Situation in der ungarischen Hauptstadt. Budapest hatte am Montag schon das Gepräge des Belagerungszustandes. Die Polizisten beschreiten in Begleitung von zwei Gendarmen mit aufgepflanzten Gewehren ihre Reviere in den inneren Stadtteilen. Durch die äußeren Stadtteile zieht Militär zu Fuß und zu Pferde. Die Schulen sind sämtlich von Soldaten besetzt, der Schulunterricht ist aufgehoben. Von allen Ländern sind Berichterstatter eingetroffen. Angeblich soll Ministerpräsident Lukacz selbst versucht haben, dem Reichstagspräsidenten Tisza einige Konzessionen für die Arbeiterschaft abzuringen; jedoch weigert sich Tisza beharrlich, in das Gesetz irgend welche liberale Bestimmungen aufzunehmen.

Frankreich.

Manifest der französischen Gewerkschaften gegen die Rüstungen. Die Generalkommission der französischen Gewerkschaften die C.-G.-T. hat folgendes Manifest erlassen:

Die militärische Reaktion fordert die Rückkehr zur dreijährigen militärischen Dienstzeit. Der angeführte Vorwand bildet die Steigerung der Effektiven, die vom Deutschen Reich beschlossen wurde. Dieses beruft sich seinerseits auf das von unseren Leitenden versuchte Erwecken des Chauvinismus. Die Regierungen beider Länder wollen die Zahl der einkasernierten Arbeiter steigern, die militärischen Lasten, die so schwer auf der Arbeiterklasse liegen, vermehren. Zu welchem Zweck? Soll der Bedrohung, im Geiste der Regierenden, nicht ein kriegerischer Konflikt folgen? Ist es nicht, um diesen unvermeidlich zu machen, daß sich auf beiden Seiten der Grenze die chauvinistischen Aufreizungen so vervielfältigen? Dieser für das Proletariat mörderischen Dualität kann nur durch eine Annäherung der zwei Völker ein Ende gemacht werden!

Schon hat das Internationale Arbeitersekretariat dieses Werk begonnen. Verfolgen wir die völlige Verwirklichung dieser notwendigen Vereinigung, indem wir uns der Rückkehr der dreijährigen Dienstzeit widersetzen, indem wir die neuen militärischen Lasten energisch bekämpfen. Vergessen wir nicht, daß die gewerkschaftliche Bewegung nur im Frieden gedeihen und wachsen kann; daß nur im Frieden die Arbeiterklasse ihr Befreiungswerk fortzusetzen vermag. Unter den gegenwärtigen Umständen ist es Pflicht der Allgemeinen Arbeiterföderation, die Aufmerksamkeit ihrer Organisationen auf diese ernsten Fragen zu lenken. Sie zählt auf jede von ihnen, um den Protestfeldzug, der durch die Drohungen der Reaktionäre notwendig wurde, richtig zu führen. Sie appelliert an die Wachsamkeit aller Arbeiter, die nicht haben möchten, daß neue militärische Maßnahmen verwirklicht werden, die sich vor allem gegen das Proletariat richten. Keine Organisation, kein Proletarier kann untätig bleiben, ohne eine schwerwiegende Verantwortung auf sich zu laden. Diese Untätigkeit hieße die Ausführung eines Programms erlauben, dessen Resultat im Krieg bestehen müßte. Bereiten wir und vor, an jeder Agitation teilzunehmen, um zu zeigen, daß die Klasse der Arbeiter und der Bauern der dreijährigen Dienstzeit und der kriegerischen Ausgaben, die sie im Gefolge hat, feindlich gesinnt ist. Den Beschlüssen unserer Kongresse getreu, rufen wir im Augenblick der Gefahr allen zu:

Arbeiter, Bauern, die dreijährige Dienstzeit, die neuen Rüstungen bedeuten die Erschwerung des militärischen Jochs, das auf Euren Söhnen lastet — bedeutet im Hinblick auf die in Aussicht stehenden Steuern und als Folge der Abwesenheit der zur Produktion nützlichen Arme eine neue Steigerung der Lebensmittelpreise — bringen den Eltern, den Müttern die Entziehung ihrer natürlichen Stütze noch auf ein weiteres Jahr — bringen ein größeres Elend in die Hütte oder in die Wohnung! Sie bedeuten vor allem, in kurzer Zeit den brudermörderischen Zusammenprall der Völker; den Krieg.

Proletarier der Hand- und der intellektuellen Arbeit! Erinnert Euch, daß Euer heftiger Protest im Augenblick der Agadir-Spannung den blutigen Zusammenstoß zwischen dem deutschen und dem französischen Volk vermied.

Arbeiter der Fabrik, der Werkstätte, der Bureaus und des Feldes, erhebt Euch gegen die neuen Rüstungen. Zeigt Euer Entsetzen über den idiotischen Chauvinismus und den interessierten Patriotismus!

Das konföderale Komitee.

Die französische Arbeiterschaft darf überzeugt sein, daß die deutschen Proletarier sich nicht weniger leidenschaftlich gegen die wahnsinnige Aufrüstung wenden wird, zu der die Regierung Deutschlands wieder einmal das Zeichen gab.

Amerika.

Der Präsidentenwechsel findet heute statt.

„Abrüstung". Der voraussichtliche Staatssekretär im Kabinett Wilson Bryan erklärte in einer Rede über den Frieden: Es ist die gebieterische Pflicht der Vereinigten Staaten, nicht nur auf jede mögliche Weise mit den Mächten der ganzen Welt für den Fortschritt des Friedens zusammenzuwirken, sondern auch in der Abrüstung ein glänzendes Beispiel zu geben. Amerika ist durch seine Lage und seine Stellung unter den Nationen besonders dazu geeignet, mutig diese Haltung einzunehmen. — Wie sagt doch Goethe: Mit Worten läßt sich's trefflich streiten .....

Japan.

Frauenarbeit. In der japanischen Industrie, namentlich aber in der Seidenerzeugung Japans sind mehr Frauen tätig als Männer. Nach einem italienischen Blatte kommen in der gesamten Industrie 66 Frauen und Kinder auf 34 Männer, während in der Seidenerzeugung das Verhältnis 7 : 1 ist. Die Bezahlung der Frauen ist dabei erheblich schlechter, als die der männlichen Arbeiter. Die Frauen erhalten 40 bis 55 Pfennige, wo die Männer mit 60 bis 100 Pfennige bezahlt werden.

Politische Notizen. In zahlreichen Städten und Industrieorten fanden am Sonntag **Frauenversammlungen** statt. Die Versammlungen galten dem Protest gegen die Rechtslosigkeit der Frauen. In allen Versammlungen herrschte starke Begeisterung und in den Kundgebungen dokumentierte sich der feste Wille, nicht zu ruhen, bis auch den Frauen die Gleichberechtigung geworden ist, auf die sie, der Bedeutung der Frauen im öffentlichen Leben entsprechend, Anspruch haben. — Die Posener Polizei hätte die Generalversammlung des Provinzialbundes **polnischer Landwirte** und Großgrundbesitzer auf, weil die Verhandlungen in polnischer und nicht, wie die Behörde forderte, in deutscher Sprache geführt wurden. — Für **Oesterreich-Ungarn** wird offiziös eine Erhöhung der Heeresstärke um 30 000 Mann angekündigt. Angeblich sollen jetzt Truppenrücktransporte von der serbischen Grenze beginnen. — Vom **Balkan** ist nichts neues zu registrieren. — Der amerikanische Gesandte Wilson teilt aus **Mexiko-City** mit, daß sich der Süden des Landes fast vollständig beruhigt habe. Diaz hat die Kandidatur für die Präsidentschaft angenommen.

Oldenburgischer Landtag.

Zur morgigen Plenarsitzung ist noch eingelaufen: Besprechung der dem Finanzausschuß von der Staatsregierung übergebenen Darlegung über die Entwickelung der Finanzlage des Herzogtums Oldenburg seit dem Jahre 1888. — Eingegangen ist ferner der am 1. März abgeschlossene Staatsvertrag zwischen Oldenburg und Preußen wegen Herstellung einer Eisenbahn von Neustadt nach Schwartau. — Der Verwaltungsausschuß gibt den Bericht über die geplante Aenderung der Geschäftsordnung des Landtages.

Lokales.

Rüstringen, 4 [illegible]

Für die Rechte der Frauen.

Ueber „Die Rechte der Frau als Staatsbürgerin" referierte gestern abend im „Tivoli" Frau Dr. Schlomer aus Lübeck. Die Rednerin verstand es, ihrem Auditorium, der große Saal war dicht besetzt, in fesselnder Weise ein Bild von der heutigen Stellung der Frau in der Gesellschaftsordnung

Landesbibliothek Oldenburg

zu geben. Sie schilderte, welche Anforderungen das Wirtschaftsleben an die Frau, speziell die arbeitende Frau, stelle und hielt demgegenüber die politischen Rechte, die der Frau gewährt resp. vorenthalten würden. Während der Staat auf alle Gebrauchsgegenstände und Lebensmittel Zölle und Steuern lege, wodurch die Frau immer mehr gezwungen werde, sich am Broterwerb für die Familie zu beteiligen, werde ihr auf der anderen Seite jede Möglichkeit genommen, die Steuern mitzubestimmen. Die Frau werde in die Fabriken und alle möglichen Arbeitsplätze getrieben, aber den so nötigen Mutterschutz gewähre der Staat nur sehr unvollkommen. Die Frauen müßten deshalb alles daran setzen, einen besseren Mutterschutz: Gewährung von Schwangerengeld und Stillprämien, bessere Wöchnerinnenunterstützungen usw., zu bekommen. Auch müsse die Frau im politischen Leben mehr Rechte bekommen; neben dem Wahlrecht zu den gesetzgebenden Körperschaften müsse den Frauen Sitz und Stimme in diesen Körperschaften eingeräumt werden. Die spöttische Antwort der Gegner, die Frau gehöre ins Haus, sei nur eine Phrase, denn man jage ja die Frau aus dem Hause hinaus, indem man sie zwinge, dem Erwerbe nachzugehen. Wenn man sie hierzu zwinge, müsse man der Frau aber auch die Möglichkeit geben, sich zu dem Kampfe ums Brot zu rüsten, indem man für die Frau den Fortbildungsschulunterricht einführe. Wenn die Frau sich am öffentlichen Leben beteilige, büße sie dadurch nichts an ihrer Weiblichkeit ein, sie würde auch ihre häuslichen Pflichten in keiner Weise vernachlässigen. Die bereits jetzt in der Armenpflege zugelassenen Frauen hätten sich bestens bewährt; aber die Frauen müßten in allen Korporationen vertreten sein, um ihre Interessen zu vertreten. Neben der Armen- und Waisenpflege sei es ganz besonders die Schulverwaltung, in der die Frau vertreten sein müsse.

Rednerin schloß mit einem warmen Appell an die anwesenden Frauen, sich zu organisieren, um gemeinsam die politische Stellung zu erobern, die den Frauen nach der heutigen Wirtschaftsform zustehe. — Im Schlußwort trat Referentin warm für die Arbeiterpresse ein, zum Abonnement auf das „Nordd. Volksblatt" und die „Gleichheit" auffordernd, auch müßten die Frauen aufgerüttelt und ihnen immer wieder vorgehalten werden, welche Presse ihre wirklichen Interessen vertreten. Denn durch ein Abonnement auf die bürgerlichen Blätter bezahle man nur die Waffen, mit denen die Arbeiter und ihre Organisationen bekämpft werden.

* * *

Milchprüfungen. In den letzten Tagen des Monats Februar sind von einem Beamten des Stadtmagistrats bei nachstehenden Milchhändlern Proben von ihrer in den Handel gebrachten Vollmilch entnommen. Dieselben sind sogleich dem Nahrungsmitteluntersuchungsamt übersandt und von demselben untersucht worden. Die Untersuchung erstreckte sich hauptsächlich auf Fettgehalt und hat nachstehendes ergeben:

1.	Heinr. Kuper, Ausgaristraße 8 . . .	2,5 Proz.
2.	Reinh. Eulitz, Adolfstraße 27	3,3 „
3.	Joh. Warner, Adolfstraße 30	2,8 „
4.	Hann Harms, Hafenstraße 24	3,2 „
5.	Oskar Pilling, Kaiserstraße 50 . . .	2,4 „
6.	Hinrich Schütte, Tischlerstraße 3 . .	2,4 „
7.	Mari Hauke, Kaiserstraße 31 . . .	2,8 „
8.	Bernhard Schönbohm, Schoarreiße 106	2,7 „
9.	Emil Schnitger, Sande	3,4 „
10.	Johann Rose, Schützenstraße 23 . .	2,5 „
11.	Reemann, Anna, Grenzstraße 60 . .	2,7 „
12.	Franz Glowacki, Wilhelmsh. Straße .	3,0 „
13.	Karl Lochow, Uhlandstraße 7 . . .	2,8 „
14.	W. Heselmeyer, Schützenstraße 30 . .	3,6 „
15.	H. Tubdesing, Mellumstraße 28 . . .	2,8 „
16.	Schütte, Tischlerstraße, Stallprobe . .	2,7 „
17.	Pilling, Kaiserstraße 50, Stallprobe .	3,3 „
18.	Jeps, Ebkeriege, Stallprobe	2,85 „

Vollmilch mit weniger als 2,7 Prozent Fettgehalt ist als minderwertig zu bezeichnen. Das Gesamtresultat gegenüber dem letzten ist minderwertiger geworden.

Achtung, Hausfrauen! Am Mittwoch nachmittag von 1 bis 3 Uhr ist die Wasserleitung in Neuengroden, Rüstersiel, Knyphausersiel und Himmelreich gesperrt.

Stellungnahme der Interessenten zum neuen Fortbildungsschulstatut. Gestern nachmittag waren nach dem Sitzungssaale des Rathauses an der Wilhelmshavener-Straße die Interessenten zur Aeußerung zum Gewerbeschulstatut geladen. Erschienen waren 15 Handwerksmeister, von den Arbeitnehmern, den Kaufleuten, Rechtsanwälten und Rechnungsstellern hatte sich niemand eingefunden. Mit der Vorbelastung von 5 Mark für einen Lehrling für ein Jahr für Handwerker und 10 Mark für Kaufleute erklärte man sich einverstanden. Das Schulgeld für einen Lehrling beträgt 5 Mark im Jahr. Die Anwesenden beantragten die Herabsetzung der Pflichtstundenzahl von 8 auf 6 Stunden und die Erhöhung der Zahl der Handwerker und Kaufleute im Schulvorstand auf 8 (5 Handwerker und 3 Kaufleute). Bei Legung der Ferien wurde Berücksichtigung der Beschäftigung der Handwerker verlangt. Den Vorsitz führte Stadtsyndikus Runde. — Die Stundenzahl und die Erhöhung der Vertreter im Schulvorstand sind beides Verlangen, denen kaum entsprochen werden wird.

Werk- und Handfertigkeitsunterricht in der Pestalozzi-Schule. Die Ausstellung in der Pestalozzi-Schule zu Rüstringen am letzten Sonntag hatte sich eines sehr regen Besuches zu erfreuen. Unter den zahlreichen Besuchern bemerkte man die Herren Kreisschulinspektoren Stukenberg und Dr. Gindler, mehrere Mitglieder des Schulvorstandes, sowie viele Lehrer und Lehrerinnen der Rüstringer Schulen. Auch fast alle Eltern der Kinder waren erschienen und musterten freudig und kritisch die Arbeiten ihrer Kinder. Die Ausstellung war in übersichtlicher Weise in drei Räumen geordnet. Der Werkunterricht der Unterklasse umfaßt das Bauen mit Klötzen, Stäbchenlegen, Faltarbeiten und Arbeiten aus Ton. Auch bemerkten wir in dieser Abteilung allerlei hübsche Sachen aus Streichholzkästchen, so ganze Eisenbahnzüge und einen Hühnerhof. Puppenmöbel wie Sessel, Schreibtisch usw., die ebenfalls aus Streichholzkästchen angefertigt waren, standen in selbst angefertigten Puppenstuben. Alle diese Sachen sind im Anschauungsunterricht besprochen und dann angefertigt worden. Sie gaben Zeugnis von regem Fleiß und Interesse und zeigten ferner, daß alles getan wird, um den Unterricht zu beleben und das Verständnis der Kinder zu fördern. Der Handfertigkeitsunterricht in dieser Klasse besteht aus Flechtübungen, beginnend mit dem einfachsten Muster und endend mit Arbeiten aus Peddigrohr. — In der zweiten Klasse wurde der Werkunterricht in Tonarbeiten, Ausschneide- und Felbearbeiten und Zeichnungen fortgesetzt. Die Tonarbeiten, wie z. B. eine Kanone, eine Karre und ähnliches, zeigten schon bessere Formension. Den Ausschneideübungen und Zeichnungen lagen Motive aus dem allgemeinen Unterricht zugrunde, wie gezeichnete Szenen aus verschiedenen Märchen, auch einige Illustrationen von Lesestücken waren ausgestellt. In humorvoller Weise war dargestellt, wie Fritzchen, der zu viel Pflaumen geschleckt, bis über die Nasenspitze im Bett lag und der Doktor mit ernstem Gesicht daneben steht. — Als Handfertigkeitsunterricht waren in dieser Klasse einfache, sauber ausgeführte Papparbeiten ausgestellt. Als letzte Arbeit war hier eine hübsche Zeitungsmappe angefertigt worden. — In der ersten Klasse findet der Werkunterricht in Tonarbeiten und Zeichnungen seine Fortsetzung. Die Zeichnungen bestanden in der Hauptsache aus Illustrationen von Lesestücken. Es waren u. a. illustriert „Das Storchnest", „Anthroklos und der Löwe" und „Das Bienenhaus". Die Tonarbeiten in dieser Klasse sind zum größten Teil in recht gelungener Weise ausgeführt. Der Handfertigkeitsunterricht dieser Stufe bestand aus schwierigen Papparbeiten, die im allgemeinen sauber und geschickt ausgeführt waren. Es zeigte sich hier im Werk- wie im Handfertigkeitsunterricht, daß das Können der Kinder durch die planmäßige Arbeit von unten auf erfreulich gewachsen ist.

Der Bürgerverein Bant hielt am Sonnabend im „Odeon" seine fällige Monatsversammlung ab. Nach Erledigung des geschäftlichen Teils gab der Kassierer die Abrechnung vom Stiftungsfest bekannt, welche mit einem Defizit von 100,05 Mark abschließt. Alsdann hielt Lehrer Meier einen Vortrag über „Handfertigkeitsunterricht in den Schulen". Derselbe wurde von der leider nur schwach besuchten Versammlung mit lebhaftem Interesse entgegen genommen. Eine Diskussion darüber fand nicht statt. — Sodann wurde noch über das neue Friedhofsstatut gesprochen.

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband, Zahlstelle Rüstringen-Wilhelmshaven, hält Mittwoch den 5. März, abends 8½ Uhr, eine Mitglieder-Versammlung in Sodewoffers „Tivoli" ab. Die Tagesordnung enthält u. a.: Vortrag: „Die Generalversammlungen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes" (Referent Kollege Gotthusen, Hamburg) und Anträge zur Generalversammlung, ferner Bericht der Ortsverwaltung und Wahl einer Kommission für die Aufstellung eines Geschäftsführers. Angesichts der äußerst wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht jedes Mitgliedes, zu erscheinen.

Der Verband der Maler (Filiale Wilhelmshaven-Rüstringen) hält am Mittwoch den 5. März, abends 8 Uhr, bei Halweland eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Stellungnahme zu den Tarifverhandlungen in Berlin (Referent Kollege Buch aus Hamburg), 2. Diskussion. In Anbetracht der ernsten Situation im Malergewerbe ist es Ehrenpflicht jedes Einzelnen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Die Meisterprüfung in Putzmachergewerbe hat vor der Prüfungskommission in Oldenburg Frl. Johanna Janßen von hier bestanden.

Der Lehrerverein Rüstringen veranstaltet am Donnerstag den 6. März, abends 8¼ Uhr, im „Friedrichshof" einen Elternabend. Alle Eltern und Freunde der Schule sind dazu freundlichst eingeladen und willkommen.

Gütersendungen nach Osnabrück. Mit dem ersten März sind die Bahnhofsbezeichnungen Osnabrück Bremer Bf. und Osnabrück Hannoverscher Bf. aufgehoben. Die Frachtgutsendungen werden nunmehr sämtlich nach dem neuen Güterbahnhof geleitet. Die Frachtbriefe für Osnabrück müssen als Empfangsstation die Bezeichnung Osnabrück Gbf. (Güterbahnhof) tragen. Eilgutsendungen gehen nach wie vor nach dem Hauptbahnhofe Osnabrück.

Gefunden. Auf dem hiesigen Polizeibureau, Bismarckstraße 9, sind in letzter Zeit verschiedene Sachen als gefunden abgegeben; u. a. Fahrräder, Portemonnaies, ein goldenes Armband, eine Herrenuhr und ein goldener Kneifer. Die Verlierer können die Gegenstände daselbst wieder in Empfang nehmen.

Wilhelmshaven, 4. März.

Schlachthof-Bericht vom Monat Februar. Geschlachtet wurden: 276 Stück Großvieh, 33 Stück Jungvieh, 90 Kälber, 1825 Schweine, 108 Schafe, 20 Pferde. — Auf der Freibank wurden verkauft: als minderwertig (ungekocht) 11¹⁴/₁₆ Schweine; als bedingt tauglich (gekocht): 2¹/₂ Schweine; vernichtet wurden: ³/₄ Stück Großvieh, ¹/₄ Schwein, 2 Schafe, 1 Pferd. Außerdem wurden vernichtet: 26 Köpfe, 2 Kehlköpfe, 64 Brustfelle, 437 Lungen, 16 Herzen, 9 Zwerchfelle, 27 Bauchfelle, 79 Mägen, 79 Därme, 79 Gekröse, 111 Lebern, 6 Milzen, 4 Nieren, 7 Euter, 6 Kilogramm Fleisch und 217 Kilogramm Fett.

Diebstahl. Einem Dienstmädchen in einem Hause in der Roonstraße sind aus seiner Kammer aus dem Portemonnaie 7 Mark gestohlen worden. Der Dieb hat die Türe mit einem Nachschlüssel geöffnet und wieder geschlossen.

Wilhelmtheater. (Aus dem Theaterbureau.) In Abänderung des Repertoirs gelangt morgen Mittwoch „So'n Windhund" nochmals zur Wiederholung. Am Freitag abend findet eine Aufführung von Hermann Sudermanns bekanntem Schauspiel „Heimat" statt. In Vorbereitung befindet sich die Operetten-Novität „Der liebe Augustin" von Leo Fall; die am kommenden Dienstag zum Benefiz von Herrn Hans Hoff in Szene geht.

Aus aller Welt.

Kapitalistischer Mord. Nach einem offiziellen Bericht sind bisher bei dem Bau einer neuen Wasserleitung nach Newyork, bei dem 11 000 Mann beschäftigt sind, 200 Arbeiter getötet und 2800 schwer verletzt worden, meist durch Dynamitexplosionen. Dieser traurige Rekord wird drüben nur vom Panamakanal übertroffen, bei dessen Bau in acht Jahren 1087 Menschenleben verloren gingen.

Auch eine Beleidigung. Im Namen des Königs, drei Tage Gefängnis! So lautete das Urteil des Schöffengerichts Stuttgart Amt gegen einen Ziegeleiarbeiter, weil er während des Streiks bei der Chamottewarenfabrik Ruppanonn in Vaihingen zu einem sein Wort nicht haltenden Arbeitswilligen gesagt haben soll: Du bist einfach kein Mann!" Der Arbeitswillige hatte erklärt, die Arbeit niederlegen zu wollen, löste aber sein Versprechen nicht ein. Darauf soll ihm der jetzt verurteilte Arbeiter mit dem genannten Wort Vorhalt gemacht haben. Die Strafkammer in Stuttgart bestätigte dieses Urteil. — Die Empfindlichkeit, mit der man heute den Streikbrecherschutz pflegt, geht schon ins Mimosenhafte.

Kleine Tagescronik. In Kauffung a. d. Katzbach (Schles.) schleuderte die Frau des Steinbruchwärters Hein ihre beiden Kinder im Alter von fünf und neun Jahren eine etwa 30 Meter hohe Felswand hinab und stürzte dann sich selbst hinunter. Das älteste Kind und die Frau waren sofort tot, das jüngere Kind ist schwer verletzt. Schwermut soll der Grund zu der Tat sein. — Bei der Heimkehr von einem Bockbierfest ließ sich gestern morgen der Wächter Blank mit Frau und zwei Töchtern von dem Hofbesitzer Hörtz und dessen Schwiegersohn Manßti von Weichselmünde nach Neukahrwasser in einem Boot über die Weichsel setzen. In Folge des Einganges kenterte das Boot in der Mitte des Stromes, und alle sechs Personen ertranken. Bisher wurden zwei Leichen geborgen. — In Gumbinnen ist der langjährige Vorsitzende der Gumbinner Handwerkskammer und Stadtverordnete Wagenbaumeister Emil Kaschuk unter dem Verdacht des Meineids und des Betrugs verhaftet worden. Die Verhaftung erfolgte im Gebäude der Handelskammer auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft. — Auf der Zeche „Consolidation" in Gelsenkirchen wurden drei Bergleute von einer Transmission erfaßt und furchtbar verstümmelt. Alle drei sind tot. — Das Kriegsgericht der 34. Division verurteilte den Oberleutnant Sonntag vom 30. Inf.-Regiment in Saarlouis wegen Unterschlagung, vorsätzlicher Falschmeldung in sechs Fällen, Unghorsams in zwei Fällen und wissentlich falsch begründeter Beschwerdeführung in zwei Fällen zu neun Monaten Gefängnis, Dienstentlassung und Entfernung aus dem Heere. — In Kleinschönau bei Zittau wurde beim Sandgraben in einer Sandgrube der 43jährige Arbeiter Paul Krause aus Großporitsch von einer niedergehenden Erdwand verschüttet; er konnte nur als Leiche geborgen werden. — Ein Raubmordversuch wurde in der Meißener Gegend auf den Bergarbeiter Henke verübt. H. war im Begriff, das Geld zur wöchentlichen Lohnauszahlung nach den Tonschächten der Meißner Firma Ernst Teichert bei Kaschka zu bringen und hatte seinen Auftrag zum Teil ausgeführt, als der Ueberfall erfolgte. Der Verbrecher gab zuerst vier Revolverschüsse auf den Boten ab, und als diese ihr Ziel verfehlten, stürzte er sich mit einem Messer auf ihn und brachte dem sich verzweifelt Wehrenden 21 Stiche in Kopf, Hals und Arme bei, worauf er den Ueberfallenen des mitgeführten Geldes beraubte. — Victor von Scheffel, der einzige Sohn des Dichters, ist 46 Jahre alt, am letzten Sonntag in Karlsruhe gestorben. Er war großherzoglicher Kammerherr und Rittmeister der Reserve. — Bei Telve in Tirol entstand ein riesiger Waldbrand. Zahlreiche Feuerwehren und Militär sind zum Löschen ausgerückt. — Im Rigaischen Meerbusen sitzen 30 Dampfer im Eise fest. Eisbrecher sind zur Hilfeleistung ausgelaufen. — Ein Einsturzunglück hat sich in Amsterdam ereignet. Dort stürzte am Prinz-Heinrich-Kai ein Haus ein. Bei dem Unfall fanden vier Kinder den Tod in den Wellen. — Die zum Tode verurteilten Pariser Automobilverbrecher Lieubonnè, Callemin, Soudy und Monier haben die Nichtigkeitsbeschwerde eingelegt. — Auf dem Flugfelde von Avord bei Bierzon stürzte der Leutnant der Kolonial-Infanterie, Porteau, der einen Eindecker steuerte, nach kurzem Fluge aus 25 Meter Höhe ab und fand auf der Stelle den Tod. — Vorgestern hatte sich Pedro Gallera, ein neunzehnjähriger Bursche, vor dem Gericht in Algier zu verantworten, der seine beiden Eltern, Landbewohner in Bourdaci, durch vier Eingeborene hatte töten lassen. Er wurde nach kurzer Verhandlung mit drei seiner Genossen zum Tode verurteilt.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 4. März. In 35 Städten unter 52 ist eine Einigung in der Holzindustrie erzielt worden. Für Berlin bestehen noch drei Streitpunkte. Man glaubt, daß diese beigelegt werden können.

Hamburg, 4. März. Durch eine Explosion eines Dampfrohres im Elektrizitätswerk Bargwitz wurde ein Arbeiter von einem eisernen Tritt heruntergerissen. Er erlitt einen so schweren Schädelbruch, daß er starb. Ein anderer Arbeiter wurde so stark verletzt, daß er schwer krank darniederliegt.

Köln a. Rhein, 4. März. Am hellen Tage wurde einer Dame, die 20 000 Mark von der Bank abgehoben hatte, und das Geld in der Handtasche verwahrte, von einem Radfahrer die Tasche entrissen. Bei der Flucht des Räubers öffnete sich die Handtasche und das Geld streute sich auf die Straße. Die Passanten beteiligten sich beim Einsammeln des Geldes, sodaß die Bestohlene fast den gesamten Betrag wieder erhielt.

Paris, 4. März. Der Minister des Auswärtigen hat dem Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten, der das Ersuchen gestellt hatte, den allgemeinen Stand der auswärtigen Lage und die Stellung Frankreichs vorzutragen, in einem Schreiben mitgeteilt, daß er das ablehne.

Konstantinopel, 4. März. Den Versuchsvorschlag, die etwa 120 000 Köpfe zählende Zivilbevölkerung von Adrianopel abziehen zu lassen, hält man hier für unausführbar.

Quittung.

Für den Wahlfonds gingen bei dem Unterzeichneten ein: 2 Mark, gesammelt auf einer öffentlichen Tapezierer-Versammlung.

Rüstringen, 4. März 1913. Fr. Krekel.

Verantwortliche Redakteure: Für Politik, Feuilleton und den übrigen Teil: Josef Ritche; für Lokales und Aus dem Lande: Oskar Hünlich. — Verlag von Paul Hug. Rotationsdruck von Paul Hug & Co. in Rüstringen.

Hierzu eine Beilage.

Landesbibliothek Oldenburg

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Wilhelmshaven-Rüstringen.

Mittwoch den 5. März cr., abends 8½ Uhr

Mitglieder-Versammlung

in Badewassers Tivoli.

Tages Ordnung:

1. Aufnahmen
2. Vortrag: „Die Generalversammlungen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes" (Referent Kollege Gotthusen, Hamburg) und Anträge zur Generalversammlung
3. Bericht der Ortsverwaltung und Wahl einer Kommission für die Anstellung eines Geschäftsführers
4. Kartellbericht
5. Verschiedenes.

Kollegen! Laut Bekanntmachung in der Nr. 4 der Metallarbeiter-Zeitung müssen Anträge zu der am 16. Juni d. J. in Breslau stattfindenden 11. ordentlichen Generalversammlung bis zum 16. März bei dem Vorstand eingereicht sein. Wir ersuchen die Kollegen, die zu stellenden Anträge der hiesigen Ortsverwaltung bis zum 4. März zu unterbreiten.

Angesichts der äußerst wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht jedes Mitgliedes, zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Verband der Maler

Filiale Wilhelmshaven.

Büro Mitscherlichstraße 46, geöffnet 7—8 Uhr abends.

Mittwoch den 5. März cr., abends 8 Uhr,

bei **Halweland**, Grenzstraße 38:

Außerord. Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Unsere Stellungnahme zu den Tarifverhandlungen in Berlin. Referent Kollege Buch aus Hamburg.
2. Diskussion.

Kollegen! Inanbetracht der ernsten Situation in unserm Berufe ist es Ehrenpflicht, ☞ in dieser Versammlung zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Filial-Verwaltung.

Kammer-Licht-Spiele

Marktstrasse 23: Fernsprecher 891.

Heute Dienstag:

Se. Majestät der deutsche Kaiser u. König

und der Stapellauf des Linienschiffes „König" sind nur in den

Kammer-Lichtspielen

zu sehen. Eigene Aufnahme.

Mit fieberhafter Spannung

wartet man auf das Erscheinen der grössten Sensation:

Ein Teufelsweib.

Eine Liebestragödie aus den Gesellschaftskreisen in 3 Akten. Gespielt von den berühmten Kopenhagener Ruhmeskünstlern. In der Hauptrolle die beliebte nordische Schauspielerin Ulen Fröhlich. Spieldauer ca. 1 Stunde

Weitere auserlesene Schlager in reichhaltiger Pracht machen die Vorführungen zu einem Weltstadt-Spielplan ersten Ranges.

Augustfehn.

Oeffentl. polit. Versammlung

Sonntag den 9. März, nachm. 5 Uhr,

im Saale des Gastwirt **Janßen.**

Tagesordn.: Die politische Lage und die Sozialdemokratie.

Referent: Landtagsabgeordn. Paul Hug-Rüstringen

Freie Aussprache. Der Einberufer.

Am Mittwoch den 5. März cr.

ist in **Neuengroden, Rüstersiel, Knipphausersiel und Himmelreich**

∴ von 1 bis 3 Uhr nachmittags ∴

die Wasserleitung gesperrt.

Städtisches Wasserwerk Rüstringen.

Kennen Sie meine Strumpfqualitäten?

Grösse	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
Qualität Konsum	40	45	50	55	60	70	80	90	100	110	120	—	Solide haltbare Qualität
Qualität Torpedo	50	65	80	95	110	120	130	140	150	160	170	180	Reine Wolle, mittelschwer
Qualität Herkules	60	75	90	105	120	130	140	150	165	180	195	210	Extra schwerer Schulstrumpf
Qualität Elite	90	100	110	120	130	145	160	175	190	205	220	235	Feinfadig, Strapazierstrumpf
Qualität Auto	95	110	125	140	155	170	185	200	215	230	245	260	Elegante feine Qualität

Wilhelmshaven Bismarckstraße 97 — **B. v. d. Ecken** — Rüstringen Wilhelmsh. Str. 32

Spezialgeschäft für Kurzwaren-, Weiss- und Wollwaren.

Gebt acht,

wenn Ihr Palmin Euch kauft,
'S gibt Fette, die man ähnlich tauft!
Auch statt Palmona schiebt man vor
Oft das, was ähnlich klingt für's Ohr!
Drum achtet, ob auf dem Paket
Die Firma Schlinck in Hamburg steht!

Palmin - Pflanzenfett.
Palmona - Pflanzen-Butter-Margarine.

Bahnhofsrestaurant Ostiem.

Sonntag den 9. d. M.:

Kappenball u. Bockbierfest

Es ladet freundlichst ein

Fr. Fatz.

Nordenham-Atens.

Rüstringer Hof.

Am Sonnabend den 8. und Sonntag den 9. März:

Grosses Bockbierfest

mit musikalischer Unterhaltung bis 2 Uhr nachts.

ff. Würstchen mit Sauerkraut.
— Labskaus. —

Hierzu ladet ganz ergebenst ein **Georg Bitter.**

Am Sonntag den 9. März:

Großer Ball

Gefunden

Portemonnaie mit Inhalt im Park. Näheres Rüstringen, Karlstr. 1, 2 Tr.

Logis-Vermittlungsstelle

befindet sich Rüstringen, Aurugaststraße 3, part. l.

Zimmermieter erhalten unentgeltl. Ausk. mit Preisang. d. Zimmers.

Sofa verschiedene Muster, billig zu verkaufen. **Schade**, Wilhelmsh., Peterstr. 42/43

Rotes Fahrrad

abhanden gekommen. Wiederbringer erhält eine Belohnung. **G. Winter**, W'haven, Kaiserstr. 44.

Volksküche Rüstringen

Freitag: Stockfischen m. Schwenn. k.

Empfehle mich z. Schneidern

in und außer dem Hause. Rüstringen, Karlstr. 1, 2 Tr.

Zräum. Einrichtung

2 neue Kleiderschränke, 1 Vertiko, 1 Bettst. engl., spottbillig. **Stein**, Wilhelmsh., Ostfriesenstr. 7, Eingang vor Werftstr. 4.

Gewerkschafts-Kartell Oldenburg.

Achtung! Vorstandsmitglieder! Achtung!

Am Mittwoch den 5. März, abends 8½ Uhr, findet im **Gewerkschaftshaus, Kurwickstraße,** die **ordentliche Kartellsitzung** statt, wozu außer den Delegierten sämtliche Vorstandsmitglieder der Gewerkschaften eingeladen sind. **Der Vorstand.**

Apollo-Lichtspiele

Marktstraße 42. Marktstraße 42.

Vornehmstes und schönstes Lichtspielhaus am Platze mit nur erstklassigen Vorführungen in Plastik und Schärfe.

Von Dienstag den 4. bis Freitag den 7. März 1913 ein hervorragendes Schlager-Programm.

Ein Ehrenwort

Schauspiel in drei Akten aus der Gesellschaft. In der Hauptrolle **Henny Porten,** — der anerkannte Liebling des Publikums. —

Der Abschied.

Offiziers-Tragödie in drei Akten.

Außerdem das reichhaltige Programm.

Mittwoch: Kinder-Vorstellung. Anfang ¼4 Uhr.

Heute und folgende Tage:

Der Stapellauf S. M. S. „König"

in Gegenwart Sr. Maj. des Kaisers.

Die Schleusenöffnung, sowie die interessanten Manöver der Albatross-Wasserflugzeuge.

Neueste Aufnahme! Neueste Aufnahme!

Gegen Drüsen, Scropheln,

Blutarmut, Engl. Krankheit, Hautausschlag, Hals- und Lungenkrankheiten, Husten, zur Kräftigung schwächlicher, in der Entwicklung zurückbleibender Kinder empfehle eine regelmässige Kur mit meinem

Lahusens „Jodella"-Lebertran.

Durch seinen Jod-Eisen Zusatz der wirksamste und meist gebrauchte Lebertran. Leicht zu nehmen und zu vertragen. Nur echt in Originalflaschen à Mk. **2.30** u. **4.60** mit dem Schutzwort **„Jodella"** und dem Namen des Fabrikanten **Apotheker Wilh. Lahusen** in Bremen. Frisch zu haben in allen Apotheken in Rüstringen, Fedderwarden, Neustadtgödens u. Wilhelmshaven.

Wilh. Vassmel & Co.

G. m. b. H.

Osnabrück.

In fast sämtl. Kolonialwaren-Geschäften zu haben.

1 Pfund kostet 35 Pf.
½ Pfund kostet 18 Pf.

Wilhelm-Theater.

Mittwoch den 5. März abends 8½ Uhr:

Größter Lustspiel-Schlager dieser Saison!

So'n Windhund.

Schwank in 3 Akten von Kraatz und Hoffmann.

Verband d. Hausangestellten

Die **Versammlung** findet umständehalber erst am **Mittwoch den 12. März** statt.

Der Vorstand.

Samariter-Kolonne.

Der nächste Uebungsabend findet nicht am Mittwoch den 5. März, sondern am **Mittwoch den 12. März,** abends 8½ Uhr statt. Vollzähliges Erscheinen ist notwendig. **Der Vorstand.**

Sozialdem. Wahlverein

Nordenham.

Donnerstag den 6. März abends pünktl. 8½ Uhr:

Mitglieder-Versammlung

in **Rohners Lokal.**

Tagesordnung:

1. Vorstandsbericht.
2. Maifeier betreffend.
3. Kommunales.
4. Sonstiges.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend erwünscht.

Der Vorstand.

Banter Bürgergarten.

Mittwoch den 5. März:

Tanzkränzchen

Anfang 8 Uhr.

Hierzu ladet freundl. ein **Heinr. Bosteen.**

NB. Das Trankränzchen findet bestimmt statt

Friedrichshof.

Jeden Mittwoch u. Sonntag

Grosser öffentl. Ball.

Täglich Künstler-Konzert.

Hierzu ladet freundl. ein **Hans Tuxhauer.**

Lehrverträge bei Paul Hug & Co.

Todes-Anzeige.

Am Sonntag den 2. März, vormittags 7½ Uhr, starb nach achttägiger Krankheit unsere einzige liebe Tochter und Schwester

Helene

im zarten Alter von zehn Monaten.

Dies zeigen schmerzerfüllt allen Verwandten und Bekannten an

Rüstringen, d. 3. März 1913

Die schwergeprüften Eltern **Georg Riemann u. Frau** Margarete, geb. Ottmanns, nebst Sohn u. Angehörigen.

Die Beerdigung findet am Mittwoch den 5. März vom Trauerhause, Schulstraße 31, Rüstringen, aus nach dem Heppenser Friedhof statt.

Landesbibliothek Oldenburg

Beilage. 7. Jahrg. Nr. 54.

Norddeutsches Volksblatt

Mittwoch den 5. März 1913.

Reichstag.

124. Sitzung. Montag, den 3. März 1913, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: v. Tirpitz.

Die zweite Beratung des

Marineetats

wird fortgesetzt.

Abg. Noske (Soz.):

Seit langem habe ich im Reichstag keine Debatte gehört, die mit so viel sattem Behagen und Selbstgefälligkeit geführt wurde, und in der so wenig politische Einsicht in die kommende Zeit gezeigt wurde, wie die diesmalige Debatte beim Marineetat. Man hat sich mit hoher Befriedigung darüber geäußert, daß Deutschland in kurzer Zeit eine so gewaltige Flotte gebaut habe. Als der Staatssekretär am Sonnabend davon sprach, er wolle in Zukunft den Versuch machen, den Taler zur Mark zu machen, ist ihm mit Recht aus der Mitte des Hauses zugerufen worden, bei den Ausgaben werde er sich in Zukunft sicher bemühen, die Mark zum Taler zu machen. — Man muß ihm zugestehen, daß ihm das Kunststück bisher in seiner Tätigkeit gründlich gelungen ist: die Flottenausgaben sind in einem geradezu rasenden Tempo gestiegen und haben sich in gar nicht langer Frist verdreifacht. Ich gebe ohne weiteres zu, daß Organisationstalent und Technik ein ganz gewaltiges Instrument geschaffen haben und erkenne ebenso gern an, daß mit großem Eifer und mit viel Hingabe daran gearbeitet worden ist, dies Kriegsinstrument möglichst furchtbar in seiner Wirkung zu machen. Dem Staatssekretär ist bisher seine Aufgabe, die Flotte zu vergrößern, sehr leicht gemacht worden. Das Geld wurde ihm vielfach von einzelnen Parteien des Hauses förmlich aufgedrängt. Neuerdings beteiligten sich auch die Konservativen an diesem Wettbewerb der bürgerlichen Parteien, während es früher bei ihnen hieß: kein Kanitz, keine Kähne. Heute würde es ihnen allerdings auch recht schwer fallen, noch mit solchen Oppositionsworten zu kommen. Dieses Wort war eine Art Pressionsmittel der Agrarier, um möglichst weitgehende Zugeständnisse zu erringen, und inzwischen sind sie mit wirtschaftlichen Vorteilen so überschüttet worden, daß es ihnen nicht mehr gut möglich ist, sich in der Opposition zu halten. Zu einem geflügelten Wort verdient der Ausspruch des Herrn Schultz von der Reichspartei zu werden: die hohen Kosten der Marine beklagt niemand mehr, als die Parteien, die die Kosten bewilligen müssen. Zum Zahlen haben allerdings die Parteien der besitzenden Klassen bisher nie sonderlich Lust gezeigt. Was sie an Opfern gebracht haben, steht in gar keinem Verhältnis zu den Riesenlasten, die den breiten Massen des Volkes aufgepackt sind. Wie wenig groß die Opferwilligkeit dieser Herren ist, zeigt sich auch jetzt wieder. Sie begeistern sich ganz und gar nicht dafür, daß ihnen im Jubiläumsjahr eine Art Kontribution auferlegt werden soll, um die Rüstungsausgaben zu bezahlen. Herr Paasche hat im Zusammenhang mit seiner nationalliberalen Flottenpolitik auch geglaubt, vom Volke reden zu dürfen. Nun, das Volk hat am wenigsten Vorteile von dieser Politik bisher gehabt. Die Folge dieser Rüstungsausgaben ist nur gewesen, daß für sozialpolitische Zwecke und überhaupt für Kulturzwecke kein Geld mehr da war. — Herr Erzberger hatte insofern recht, als er darauf hinwies, daß das Steigen der Flottenausgaben zum Teil auf Fortschritte auf technischem Gebiet zurückzuführen ist. Daß unbrauchbare Schiffe gebaut werden, haben auch wir natürlich nie verlangt, was wir beklagen, ist, daß die Marineverwaltung es bisher noch nicht verstanden hat oder nicht verstehen wollte, der Rüstungstreiberei zwischen den großen Nationen Einhalt zu tun. Bei Erörterung der Frage, wer Schuld an dem Wettrüsten habe, hat Herr Erzberger mit der Bescheidenheit, die ihn ziert (Hört! hört! und Heiterkeit.), uns geraten, die sozialdemokratische Presse besser zu verfolgen, damit wir nicht mit ihr in Widerspruch geraten. Das ist ja gewiß nicht angenehm, aber viel böser ist es, wenn man, wie das bei ihm schon oft der Fall war, mit sich selbst in Widerspruch gerät. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Seine Ratschläge an unsere Adresse nehmen sich zurzeit besonders komisch aus, weil ihm erst in den letzten Tagen wieder nachgewiesen worden ist, daß er in Jahresfrist entweder nicht mehr weiß, was er geschrieben hat, oder sich so radikal in seinen Anschauungen gewandelt hat, daß jemand, der so öffentlich bloßgestellt ist, wie er, gar keinen Anlaß hat, sich anderen Parteien gegenüber als Schulmeister aufzuspielen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) — Also richtig ist, daß technische Fortschritte zur Steigerung der Rüstungen beigetragen haben. Aber die Kapitalisten der einzelnen Länder sorgen auch recht gründlich dafür, daß kein Land auf dem Gebiete des Rüstungswesens einen nennenswerten technischen Fortschritt erlangt. Deutsche Kapitalisten sind eifrig dabei, Rußland mit den besten und schnellsten Schiffen der Welt zu versorgen. Ihr patriotisches Gewissen tröstet sich mit dem Hinweis darauf, daß wenn sie die Schiffe nicht bauen, dann andere es tun würden. In Wirklichkeit freuen sie sich in dem Bewußtsein, daß die Rüstungen der benachbarten Staaten das eigene Land nach sehr kurzer Zeit abermals zu erneuten Anstrengungen zwingen. Auf der einen Seite rühmt man die großen Fortschritte des deutschen Luftschiffbaus und andererseits müssen wir hören, daß soeben erst nach einer glänzenden Probefahrt ein Parsevalluftschiff der russischen Regierung verkauft worden ist.

Zugegeben ist, daß der Flottenetat außerordentlich übersichtlich gestaltet ist. Ueber den Umfang der deutschen Seerüstungen kann man sich daraus im Inland und Ausland durchaus klar werden; von einem Versteckspielen in dieser Beziehung kann keine Rede sein. Die Mehrausgaben sind sehr erheblich. 6357 Köpfe werden 1913 an Personal mehr vorhanden sein als 1912. Dem Bestande von 48 877 Mann stehen nicht weniger als 21 062 Offiziere gegenüber, d. h. wir nähern uns rapide dem englischen Vorbild, daß an Stelle der kurzdienenden Mannschaft sehr rasch eine wachsende Zahl von Leuten tritt, die 10 Jahre und mehr auf dem Schiffe Dienst tun. Fast auf jeden zweiten Mann in der deutschen Flotte kommt gegenwärtig schon ein Vorgesetzter. 1913 werden 73 000 Menschen auf der Flotte dienen. Von diesen spricht man so gut wie gar nicht, wenn von der Präsenz des Heeres die Rede ist. Der Bauwert der vorhandenen Flotte ist für 1913 auf die fabelhafte Summe von 1425 Millionen gesetzt. (Hört! hört!) Im Laufe des letzten Jahres sind auf einer ganzen Reihe von Kriegsschiffen Sammlungen für die nationale Flugspende vorgenommen worden. Auf dem Linienschiff „Westfalen" sind nur 165 M. eingekommen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das beweist, daß man keinerlei Druck ausgeübt hat. Aber ebenso ungerechtfertigt ist es, wenn man nachher die Kantinenüberschüsse, die der Mannschaft zugute kommen sollen, dazu benutzt hat, um einen höheren Beitrag für diese Spende herauszuholen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auf einem anderen Schiff sind 1000 M. eingekommen, die die Leute von ihrer geringen Löhnung sicher nicht freiwillig aufgebracht haben. Auf einem anderen Schiff wieder sind nur 10 M. eingegangen, aber dort sind die Offiziere unmittelbar darauf genötigt worden, früher zum Dienst anzutreten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Staatssekretär wird sicher jeden solchen Druck verwerfen, aber er sollte seinen Willen dann auch mit allem Nachdruck in die Erinnerung bringen. — Bei der neuen Kaiserjacht handelt es sich um jährliche Betriebskosten von mindestens 600 000 M. Für höfische Zwecke kann jetzt dem männerstolzen und dem liberalen Bürgertum alles mögliche angeboten werden. Beim Bau des Kaiserschiffes wurde früher wenigstens der Schein gewahrt als handele es sich um ein Kriegsschiff, das nur in Friedenszeiten dem Kaiser zu dienen habe. So wurde die jetzige „Hohenzollern" seinerzeit als Aviso gefordert. Jetzt glaubt man, einen solchen Vorwand nicht mehr nötig zu haben. Ich behaupte, daß diese ganze Ausgabe verfassungswidrig ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nach der Reichsverfassung ist der zur Gründung und Unterhaltung der Kriegsflotte nötige Aufwand aus der Reichskasse zu bestreiten. Man sagt, das Schiff solle als Kommandoschiff dienen. Ich respektiere den Staatssekretär sicher als Autorität in Marinesachen; aber in diesem Falle ist seine Autorität durch eine Kaiserrede bedenklich erschüttert worden. Als die Lustjacht des Kaisers vom Stapel lief, (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Er sagte: Dem von Land zu Land Reisenden Ruhe und Erholung zu bringen, den kaiserlichen Kindern und der Landesmutter Freude zu bringen, das ist seine Aufgabe. (Hört! hört! b. d. Soz.) Also die bürgerlichen Kollegen, die aus militärischen Gründen das Kaiserschiff bewilligen wollten, werden schleunigst umlernen müssen. — Am Sonnabend ist davon gesprochen worden, daß die Marineverwaltung die Kosten für die Panzerplatten heruntersetzen möge. Die Tatsache steht fest, daß geraume Zeit hindurch ein Panzerplattentrust bestanden hat, dergestalt, daß sich die Fabriken in England, Frankreich, den Vereinigten Staaten und Deutschland geeinigt hatten, sich gegenseitig nicht Konkurrenz zu machen. Dadurch haben sie sich auf Kosten der Steuerzahler ganz außerordentliche Profite verschafft. Auch heute noch sind die Gewinne, die Krupp macht, so riesengroß, daß die Vermutung naheliegt, daß auch jetzt noch das Reich viel zu hohe Preise bezahlen muß. Es geht nicht an, daß auf Kosten der deutschen Steuerzahler ein einziges Unternehmen wie das Kruppsche 30 Millionen und mehr pro Jahr herausholt. Wie systematisch die Kapitalisten darauf hinarbeiten, das Reich zu schröpfen, beweisen die Bestrebungen der letzten Zeit, ein Syndikat der Schiffsbauunternehmer ins Leben zu rufen. Bisher ist das Ziel noch nicht erreicht, aber da es sich dabei um Millionengewinne handelt, wird es sicher weiter verfolgt werden. — Der konservative Redner forderte eine Aufstellung über den Anteil, den die Arbeiterschaft und das Handwerk an den Marineaufträgen durch die Löhne hatten. Darüber hat der „Nautikus" schon eine Aufstellung gebracht, die nichts Neues enthielt und keineswegs geeignet war, bei den Arbeitern eine besondere Flottenbegeisterung hervorzurufen. Wenn dasselbe Geld für produktive Zwecke Verwendung gefunden hätte, wären die Arbeiter ebenfalls beschäftigt gewesen, und der Vorteil für das Gesamtwohl wäre viel größer. Auf der anderen Seite erwachsen der Arbeiterschaft auch schwere Nachteile aus dem Bestand der Marine. Hat doch sogar die Absicht bestanden, Marinemannschaften bei einem Streik der Schiffsleute zugunsten der Reeder als Streikbrecher zu kommandieren. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sollte die Marineverwaltung diese Absicht ausführen bei Gelegenheit, so würde das sicherlich nicht zur Förderung der Popularität der Marine beitragen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch der beim Heere so häufig kritisierte Boykott sozialdemokratischer Lokale und Geschäfte scheint jetzt von der Marine nachgeahmt zu werden. Gegen diese Sozialistenbekämpfung der Marineverwaltung müssen wir aufs schärfste protestieren. Die Marineverwaltung möge doch daran denken, daß sie dadurch in die ernstesten Schwierigkeiten kommen kann.

Auf den modernen Schiffen befinden sich die kompliziertesten technischen Einrichtungen alle in den Händen von Sozialdemokraten. Die Marineschlosser, Elektrotechniker usw. kommen zu 98 Proz. aus unseren Organisationen, sind Söhne sozialdemokratischer Väter. Also die Marineverwaltung hat am wenigsten Anlaß, in Sozialistenfresserei zu machen. — Im letzten Jahre sind leider auch wieder zwei schwere Torpedokatastrophen vorgekommen, bei denen Mannschaften zu Tode gekommen sind. Man sagt, es liegen unvermeidliche Betriebsunfälle vor. Das können wir nicht nachprüfen. Ich erkenne durchaus an, daß die deutsche Marine erfreulicherweise verhältnismäßig wenig schwere Unfälle im Laufe der Jahre gehabt hat. Das läßt darauf schließen, daß im allgemeinen sorgsam verfahren wird. Aber in neuerer Zeit scheint auch auf diesem Gebiet mit forcierter Schneidigkeit gearbeitet worden sein, was wir aufs schärfste zurückweisen müssen. Sogar die allerhäßlichste Erscheinung des Landheeres, die Soldatenschinderei, kommt neuerdings auch in der Marine vor. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die verantwortlichen Stellen sollten mit der gebotenen Schärfe dazwischen fahren, damit dies Uebel nicht erst einreißt. Der in neuerer Zeit auch in der Marine mehr grassierende schneidige Ton bringt es auch mit sich, daß ein großer Teil der Unteroffiziere frühzeitig abgeht. Man sollte bedenken, daß nicht nur die Technik, sondern auch die Menschen moderner geworden sind, und sollte auf das verfeinerte Ehrgefühl dieser aus den höchst qualifizierten Teilen der Arbeiterschaft stammenden Leute mehr Rücksicht nehmen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Gegen das Bestreben der Fortschrittler, eine größere Anzahl von Leuten in der Marine mit mehr Strafgewalt auszurüsten, müssen wir protestieren. Ich erinnere daran, daß sich im Jahre 1910 10 Selbstmorde in der Marine ereignet haben, die mit Furcht vor Strafe motiviert wurden. (Hört! hört!) Die Bestrebungen des Marine-Ingenieurkorps herabzudrücken, beweisen, daß der Kastengeist sich immer mehr in der Marine ausbreitet. — Die Niederlage des Zentrums in der Kommission in der Frage der Tafelgelder hat die Zentrumspresse verstanden, in einen großen Erfolg umzulügen. Wichtiger als dieser Froschmäusekrieg ist die Frage der Verkürzung der Dienstzeit. Durchschlagende Gründe dagegen hat der Staatssekretär am Sonnabend nicht beigebracht, aber er ist dem Zentrum über den Antrag nicht böse, weil er weiß, daß er nicht ernst gemeint ist. Daß die Konservativen und Nationalliberalen sich für die dreijährige Dienstzeit ausgesprochen haben, ist erklärlich, die jungen Leute ihrer Kreise haben ja nicht so lange zu dienen.

Für die wichtigste in der Kommission behandelte Frage wurde in der Oeffentlichkeit die Frage der Rüstungsverständigung mit England bezeichnet. Es erfüllt mich mit Genugtuung, daß auch die Regierung nunmehr eine solche Verständigung wenigstens für möglich erklärte. Wir Sozialdemokraten verkennen nicht, daß die Kapitalisten aller Länder, nicht nur die Deutschlands, zu Rüstungen treiben, und da ist es selbstverständlich, daß wir deutschen Sozialdemokraten gegen die Kriegshetzer und Kriegstreiber in Deutschland Stellung nehmen, wie die französischen Sozialdemokraten gegen die in ihrem Lande und die englischen in England. Kaum war die letzte Flottennovelle bewilligt, so ging der Schrei nach neuen Steuern wieder los, und daran beteiligen sich auch einige Parlamentarier, auch der Kollege Erzberger. Zentrumsblätter wie konservative verlangen eine Politik, die zu einem Angriff Frankreichs und Englands gegen uns führen soll. Nationalliberale Blätter und führende Parlamentarier betreiben natürlich dieselbe Hetze; vor allem scheint mir da die Tätigkeit des Herrn Bassermann gefährlich, dem die auswärtige Politik immer nicht aggressiv genug ist. Die Hoffnung des Volkes auf eine Abnahme der Rüstungslasten ist nach dem Schauspiel, das wir in Deutschland, Frankreich und Rußland sehen, außerordentlich gering. Es gehört mit zu dem Beschämendsten, daß unsere Nachkommen sich vorstellen werden, daß unsere Diplomaten es nicht verstanden oder nicht gewollt haben, über ein internationales Rüstungsabkommen sich zu verständigen. Wir Sozialdemokraten geben uns der Hoffnung hin, daß schließlich auch in der Rüstungsfrage die Vernunft siegen wird; die sichere Gewähr dafür erblicken wir in der wachsenden Zahl der klassenbewußten Arbeiter. Das erfreuliche in dem Lohnwahnsinn der Kriegs- und Rüstungshetzerei ist, daß die Proletarier in allen Ländern ihren Abscheu dagegen zum Ausdruck bringen. Aus den gleichen Gründen, die die französischen und englischen Sozialdemokraten am Sonnabend zum Ausdruck brachten, werden auch wir das Flottenbudget ablehnen; wir glauben, unseren Protest gegen die Rüstungspolitik dadurch am besten zum Ausdruck zu bringen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär **v. Tirpitz** bestreitet, daß auf Mannschaften und Unteroffiziere ein Druck ausgeübt wurde, sich an der Nationalflugspende zu beteiligen. Von den Ausgaben für die Flotte kommt der größte Teil den Arbeitern in Form von Arbeitslöhnen zugute. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Zu Streikbrechern haben wir unsere Leute nicht hergegeben, sondern wir haben eingegriffen, wo es sich um die Interessen des Postverkehrs und unseres Verkehrs in den Kolonien handelte, und werden das auch ferner tun. (Bravo! bei den bürgerlichen Parteien.) Bei einem Verbot bestimmter Lokale für unsere Mannschaften mußten wir einfach dem Ersuchen der Zivilbehörden Folge leisten. Der Abg. Noske klagte, die Rüstungen lassen kein Geld für soziale Ausgaben übrig. Aber kein Land gibt für soziale Zwecke soviel aus wie Deutschland. (Bravo! bei den bürgerlichen Parteien.)

Abg. Dr. **Struve** (Vp.): Gegenüber dem Abg. Noske halte ich daran fest, daß auf den Schiffen auch den Marineingenieuren eine gewisse Strafgewalt eingeräumt werden muß.

Abg. **Erzberger** (Z.): Herr Noske soll uns das Kunststück mal vormachen, Sparsamkeit im großen zu üben. (Sehr gut! im Zentrum.) Unseren Antrag über die Tafel- und Messegelder hat in der Kommission auch ein Sozialdemokrat unterstützt. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Mit der Durchführung der zweijährigen Dienstzeit ist es uns vollkommen ernst. Die Heizer verdanken ihre Zulagen ganz sicher nicht den Sozialdemokraten, da diese ja den ganzen Etat ablehnen. (Sehr gut! im Zentrum.)

Abg. Noske (Soz.):

Der Staatssekretär meint, den Vorteil vom Bauen einer Flotte hätten die Arbeiter. Wir betrachten es im Interesse der allgemeinen Kulturentwickelung nicht als erfreulich, wenn ein so großer Betrag der Steuern und Zölle der Volkswirtschaft entzogen und zu unproduktiven Zwecken ausgegeben wird. — Ueberrascht bin ich, daß bei Verhängung des Lokalboykotts die Marineverwaltung der Anweisung der Zivilverwaltung einfach folgt; das braucht sie bei solchen kleinlichen politischen Kampfmaßregeln sicherlich nicht. Daß Marinemannschaften bei einem Streik als Streikbrecher zur Verfügung gestellt sind, hat der Staatssekretär lediglich bestätigt. — In bezug auf Ausgaben für sozialpolitische Zwecke ist England bereits Deutschland voraus. Wenn Herr Erzberger im großen sparen will, so möge das Zentrum sich dafür einsetzen, daß in Deutschland eine vernünftige Friedenspolitik betrieben wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In bezug auf die Tafel- und Messegelder hat kein Sozialdemokrat in der Budgetkommission Herrn Erzberger unterstützt, sondern sich lediglich das Auftrumpfen des Staatssekretärs als ungehörig verbeten. — Die zweijährige Dienstzeit kann das Zentrum erreichen, wenn es den richtigen Nachdruck dahintersetzt. Wenn es das nicht tut, beweist es, daß es ihm nicht ernst ist. Würde das Zentrum etwa dem Kanzler sein Gehalt bewilligen, wenn er neue Ausnahmegesetze gegen die Katholiken einbrächte? Es wäre das ein Akt schlimmster Würdelosigkeit. Eben noch hat der Staatssekretär bestätigt, daß die Regierung fortdauernd eine Politik betreibt, die gegen die Grundsätze der Sozialdemokratie aufs ärgste verstößt. (Große Heiterkeit.) Sie, die Sie mit der Regierung gute Geschäfte machen, mögen ihr den Etat bewilligen, wir, die wir als Bürger zweiter Klasse behandelt werden, werden den Etat ablehnen und unsere Wähler verstehen das. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion.

Abg. **Erzberger** (Z.) (persönlich): In der Kommission hat ein Sozialdemokrat ausdrücklich gesagt, mein Antrag wird Gesetz.

Abg. Dr. Südekum (Soz.):

Ich habe in der Kommission erklärt, der Staatssekretär scheine der Beratung der Frage, ob zuviel Messegelder bezahlt worden sind, aus dem Wege gehen zu wollen, indem er sein Amt zur Verfügung stelle, und habe hinzugefügt, wenn er so verfährt, ist eine Mehrheit für den Antrag sicher, denn so lassen wir uns nicht behandeln.

Der Titel wird mit dem von der Kommission vorgenommenen Abstrich gegen die Stimmen der Rechten und der Nationalliberalen angenommen.

Die Resolution Ablaß (Vp.) auf Vereinheitlichung der Laufbahnen der Marineverwaltungsoffiziere und -beamten wird angenommen, desgleichen die Resolution Ablaß (Vp.) bei Vergebung von Lieferungen, die ganz oder teilweise in der Hausarbeit hergestellt werden, die Berufsorganisationen und Genossenschaften der Hausarbeiter und Hausarbeiterinnen zu berücksichtigen.

So folgt das Kapitel „Bekleidung".

Abg. Albrecht (Soz.):

Das Recht, Kritik zu üben, werden wir uns von Herrn Erzberger nicht nehmen lassen. Die Massen müssen bezahlen, was Sie mit Hurra bewilligen. Klagen der Arbeiter liegen aus den Bekleidungsämtern Wilhelmshaven und Kiel vor. Die Kleider werden an ungefähr 1500 weibliche Heimindustrielle vergeben; nur 200 männliche Arbeiter werden beschäftigt. Diese Sparsamkeitspolitik bedeutet eine unerhörte Ausbeutung der weiblichen Arbeitskräfte, die für 5 bis 6 Stunden Tagesarbeit 30 bis 36 M. monatlich erhalten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir verlangen durchaus nicht, daß keine Frauen von den Bekleidungsämtern beschäftigt werden, aber es genügte, wenn die Hälfte der Garderobe von Frauen hergestellt würde. Von ihrer vorjährigen Absicht, noch mehr Arbeit in die Heimindustrie zu vergeben, ist die Marineverwaltung zurückgekommen. Dafür hat man einfach von den Arbeitern verlangt, daß sie jetzt einen Mantel mehr pro Woche machen. Das ist eine merkwürdige Art der Sozialpolitik. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Infolgedessen herrscht große Mißstimmung unter den Arbeitern der Bekleidungsämter. Wenn sich trotzdem noch so viele Arbeiter zu dieser Arbeit drängen, so zeigt das nur, wie groß die Arbeitslosigkeit ist. 25 Proz. dieser Heimarbeiter in Kiel sind in den letzten vier Jahren nach Lungenheilstätten überwiesen worden, und da spricht man von Musterbetrieben. Die Löhne sind ja Ende Februar um 5 bis 10 Proz. erhöht worden, aber was will das sagen angesichts der Tatsache, daß die Arbeit um 8 bis 10 Proz. gestiegen ist. Die Werkstellen sind zu niedrig und deshalb ungesund, besonders in der Schuhmacherei. Ferner wünschen die Arbeiter die 8tägige statt der 14tägigen Lohnzahlung und die Beseitigung des Nähkartensystems. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Admiral **Capelle**: Nicht 200, sondern 400, 500 Arbeiter sind auf beiden Bekleidungsämtern beschäftigt. Das Nähkartensystem ist eine Wohlfahrtseinrichtung. Die Uniformen müssen möglichst billig hergestellt werden, damit die Matrosen nicht soviel für ihre Uniform zu zahlen haben. Diese Sparsamkeit ist also im Interesse der Matrosen berechtigt. Daß die Nähfrauen nicht, wie es der Wortlaut eines bestehenden Befehls eigentlich verlangt nur 1 bis 1½ Stunden beschäftigt werden, ist richtig. Aber sie sollen nicht mehr Arbeit bekommen, als sie in Nebenarbeit leisten können. 50 Proz. der Nähfrauen sind alleinstehende Frauen. Es wäre ja schrecklich viel, wenn wirklich so viel Arbeiter in Lungenheilstätten geschickt würden. Ich werde das sofort nachprüfen. Die hygienisch nicht genügende Werkstelle ist eine ältere; wenn Sie uns das Geld bewilligen, werden wir gern eine neue bauen. (Heiterkeit.) Im übrigen hat Herr Noske, als er die Werkstellen besichtigte, seinerzeit erklärt: Hygienisch tadellos — sonst hatte er natürlich eine Menge auszusetzen. (Heiterkeit.)

Abg. Albrecht (Soz.):

Die Matrosen müssen dann eben höhere Löhnung bekommen, damit die Arbeiter für die Herstellung der Kleider anständig bezahlt werden können. 50 Proz. der Nähfrauen haben einen Ernährer. Diese Ernährer sollten so bezahlt werden, daß ihre Frauen den Handwerkern nicht die Arbeit wegnehmen.

Landesbibliothek Oldenburg

Admiral Capelle: Der Vorwurf, daß die Gesundheitsverhältnisse so schlecht sein sollen, trifft uns doch sehr schwer. Der Prozentsatz ist wohl dadurch höher geworden, daß wir zum Teil Leute beschäftigen, die die Privatindustrie nicht mehr nehmen würde.

Abg. Giesberts (Z.) bittet um möglichste Berücksichtigung der Heimarbeiterorganisation.

Abg. Behrens (Wirtsch. Vg.) regt an, die Fachausschüsse bei der Feststellung der Löhne zu hören.

Abg. Semler (natl.) verteidigt die Beschäftigung von Nähfrauen.

Das Kapitel wird bewilligt.

Es folgt das Kapitel „Instandhaltung der Flotte und der Werften."

Abg. Brandes (Soz.):

Was ich im Vorjahre über die Beschwerden der Arbeiter vorgebracht habe, waren keine Pettkuser Roggengeschichten (Heiterkeit), sondern beruhten auf genauer Information. Auch diesmal liegen wieder genügend Beschwerden vor. Zunächst über die Arbeitsordnung. In ihrem § 1 heißt es: „Die Arbeiter dürfen nicht sozialdemokratische Agitatoren oder sonstige Personen sein, von denen vorausgesetzt werden darf, daß sie den Frieden zwischen Behörden und Arbeitern stören wollen." Mit dieser Bestimmung kann man jeden hängen, den man hängen will, zumal nach § 2 jeder Arbeiter in den ersten vier Wochen ohne Angabe von Gründen entlassen werden kann. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Diese politische Bevormundung ist auch ganz unlogisch, denn auf den wichtigsten Stellen auf den Schiffen können Sie ja gewerkschaftlich organisierte und sozialdemokratische Arbeiter gar nicht entbehren, wenn Sie die Schiffe nicht einfach stillstehen lassen wollen. Da ist es blühender Unsinn, solche Arbeiter in den Werkstätten auf dem Lande nicht zu dulden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das führt zu den verächtlichsten Schnüffeleien, die der Reichstag wohl mit Ausnahme der Konservativen einmütig verurteilen wird. In einem Falle hat das Landgericht die Oberwerftverwaltung zur Ausstellung eines anderen Zeugnisses zwingen müssen. Eine ähnliche Blamage wird sich die Verwaltung mit ihrem neuen Erlaß vom 1. Februar holen, wonach Lehrlinge bei Strafe der Entlassung den Nachweis zu erbringen haben, daß sie aus dem Arbeiterjugendbund ausgetreten sind, und daß ein Abonnement auf die „Arbeiterjugend" als gleichbedeutend mit der Zugehörigkeit zum Bunde betrachtet werde. Die Lehrlinge sollen also beweisen, daß sie aus einem Verein ausgetreten sind, der gar nicht existiert. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Und wie will die Marineverwaltung das Lesen der „Arbeiterjugend" bei Verwandten und Freunden verhindern? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Kommission hat eine Resolution gegen die Verfügung angenommen, die den Beamten Kollektiveingaben verbietet. Wir erwarten die Zurückziehung dieser Verfügung. Ferner fordern wir eine Erweiterung der Kompetenzen der Arbeiterausschüsse, wie sie die Petition des Deutschen Metallarbeiterverbandes verlangt. Der neue Lohntarif hat für kleine Gruppen Verbesserungen gebracht. Aber die Mieten in Danzig und Wilhelmshaven sind besonders hoch, und die Arbeitskraft der Leute wird durch ein raffiniertes Beaufsichtigungssystem immer mehr ausgenutzt. Infolgedessen steigt auch die Krankenziffer in den Betriebskrankenkassen der Marine und der Torpedowerkstatt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Im Vorjahre sagte ein Regierungsvertreter: Wir bleiben immer etwas über den Löhnen der Privatindustrie. Das ist ein bedauerlicher Irrtum. Redner führt den Nachweis hierfür bei verschiedenen Beamtenkategorien. Freilich gibt es in Danzig noch Privatbetriebe, die jammervolle Löhne von 30 bis 40 Pf. zahlen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Will sich die Marineverwaltung etwa nach diesen richten?

Die Arbeiter klagen über die Reduzierung der Akkorde, verlangen die Beseitigung des Prämiensystems in der Torpedowerkstatt und werden durch Ueberstunden gedrückt, bei denen die soziale Wohltat des Neunstundentages zum Teufel geht. Die Arbeiter ziehen die ungeteilte Arbeitszeit vor. Für die Heizer sollte der Achtstundentag durchgeführt werden, ebenso für die Maschinenwärter. Der erste Urlaub wird heute erst nach 5 Jahren gewährt. Diese Frist sollte wesentlich herabgesetzt werden. Ebenso selbstverständlich ist die Forderung der Bezahlung der Feiertage, sowie der wöchentlichen Lohnzahlung. Bei den Hafenarbeitern werden in sehr starkem Maße Ausländer beschäftigt; man hat Deutsche entlassen, um Holländer einzustellen. Beleidigt fühlen sich die Arbeiter durch einen Tagesbefehl, der 100 M. Belohnung aussetzt für Namhaftmachung eines Diebes. Es handelt sich um zentnerschwere Gegenstände, die wahrscheinlich irrtümlich nach einem Alteisenhof vertrieben worden sind, wenn sie nicht gar in dem ominösen Danziger Wasserloch verschwunden sind. Wenn die Kaiserlichen Werftbetriebe Musterbetrieb werden sollen, muß noch viel verbessert werden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär v. Tirpitz: Was müßten wir wohl tun, um dem Vorredner nicht Anlaß zur Kritik zu geben! Die Angaben seiner anonymen Gewährsleute sind doch nur mit Vorsicht aufzunehmen. Auf eine Erkundigung bei der Einstellung von Arbeitern können wir nicht verzichten. Das tut jede Hausfrau, wenn sie ein Mädchen mietet, und auch wir, wenn wir einen Beamten einstellen. Das muß uns auch den Arbeitern gegenüber erlaubt sein. Daß Lehrlinge nicht in Vereine eintreten dürfen, die sozialdemokratische Propaganda treiben, ist selbstverständlich. Der außerordentlich starke Zudrang zu unseren Betrieben trotz der günstigen Konjunktur beweist, daß die Arbeiter nicht so über uns urteilen, wie der Abg. Brandes. Musterbetrieb ist ein ganz undefinierbarer Begriff. Unsere Arbeiter werden jedenfalls sehr wohlwollend behandelt. Einzelne Uebergriffe kommen eben überall vor. Mit unseren Löhnen und der Arbeitszeit müssen wir uns nach der Privatindustrie richten, wenn unsere Werften zur Einwirkung auf die Preisbildung konkurrenzfähig bleiben sollen. Die ungeteilte Arbeitszeit hat sich nicht bewährt. Für die Hafenerweiterungsarbeiten haben wir zum Teil inländische Arbeiter nicht bekommen.

Abg. Weinhausen (Vp.) bringt mehrfache, schon in der Kommission von ihm vertretene Wünsche verschiedener Kategorien von Angestellten und Arbeitern zur Sprache.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr. (Vorher kurze Anfragen; das Etatsgesetz.)

Schluß: 7¼ Uhr.

Parteinachrichten.

Ein Veteran gestorben. Der älteste Parteigenosse, der Schriftsetzer W. G. Nagel, in der Hamburger Parteidruckerei bis vor wenigen Jahren beschäftigt, ist im Alter von 94 Jahren gestorben. Schon in den sechziger Jahren, als sich die Anfänge der modernen Arbeiterbewegung in Hamburg bemerkbar machten, war ein überaus tätiger Agitator und Organisator. Mit ihm geht ein großes Stück der Hamburger Parteigeschichte ins Grab. Der „alte Nagel" wußte die Jüngeren immer zu begeistern, wenn er aus alten Zeiten, aus den Anfängen der Partei, ja man darf sagen der Arbeiterbewegung erzählte. Er war ein braver Soldat der noch kleinen Kämpferschar, ihm war es vergönnt, unsere Partei zur 4½-Millionen-Partei anwachsen zu sehen. Die Jungen stehen dankend und voller Ehrfurcht an der Bahre des Alten!

Gewerkschaftliches.

Eine Werftarbeiterkonferenz. In Hamburg traten am Sonntag den 2. März 144 Delegierte und Vorstandsvertreter der Verbände der Metallarbeiter, Holzarbeiter, Maschinisten und Heizer, Kupferschmiede, Maler, Schiffszimmerer und Fabrikarbeiter aus den verschiedenen Werftorten zu einer Konferenz zusammen. Einem instruktiven Referat folgte eine ausgedehnte Diskussion, in der lebhafte Klagen über die auf den Werften bestehenden Arbeitsverhältnisse vorgebracht wurden. Die Akkordlöhne versuche man überall zu reduzieren, teilweise um 50 Prozent und mehr. Durch langfristige Akkordarbeiten würden die Arbeiter auf Monate und Jahre an den Betrieb gebunden, wenn sie nicht größere Akkordüberschüsse durch ihren Austritt aus dem Betrieb verlieren wollten. Lebhafte Klage wurde auch geführt über die Akkordmacherei, die die Unfallgefahr ins Ungemessene steigere. Schon sei der Unfug eingerissen, den Bau der Stellagen mit den Akkordarbeiten zu verkoppeln. Der sehr starke Wechsel unter der Akkordarbeiterschaft sei ein weiterer Grund für die hohe Zahl der Unfälle. Von verschiedenen Seiten wurde die Forderung nach Kontrolleuren aus Arbeiterkreisen laut. Die von einigen Werften angestellten Gerüstkontrolleure seien ihrer Aufgabe nirgends gerecht geworden, was sich aus ihrem Abhängigkeitsverhältnis zu den Unternehmern genügend erkläre. Nach den Angaben aus verschiedenen Werftorten hat sich der Durchschnittslohn trotz der letzten Lohnbewegung nicht erhöht. Das Ueberstundenunwesen nehme immer größeren Umfang an, ließen sich doch Ueberstunden bis zu 60 in einer Woche feststellen. Aus einem Referat über den Stand der Organisationen auf den Werften ging hervor, daß insgesamt etwa 70 000 Arbeiter auf den Werften beschäftigt sind. Das Organisationsverhältnis hat sich bedeutend gebessert. Seit 1908 ist die Organisation unter den Metallarbeitern um über 100 Proz., unter den Holzarbeitern um über 74 Proz. gestiegen.

Tarifverhandlungen im Holzgewerbe. Die zentralen Verhandlungen für das Holzgewerbe wurden im Beisein der Ortsparteien aus allen Vertragsorten am 28. Februar, 1. und 2. März in Berlin fortgesetzt. Trotz der von mehreren Bezirksverbänden des Arbeitgeberschutzverbandes erfolgten Ablehnung des Schiedsspruchs des Freiherrn v. Berlepsch wurden jedoch sämtliche Verhandlungen auf der Grundlage dieses Schiedsspruchs geführt und es konnte auch bereits für mehrere Orte eine endgiltige Verständigung herbeigeführt werden. Darunter auch für Oldenburg. Angesichts der Tatsache, daß in der Mehrzahl der Städte eine Einigung erfolgte, ist der Opposition der Scharfmacher in jenen Orten der Boden entzogen worden. Ob die Holzindustriellen es für gut finden, ihren ablehnenden Standpunkt weiterhin aufrecht zu erhalten, kann für die Gesamtheit kaum noch von großer Bedeutung sein.

Aus dem Lande.

Oldenburg, 1. März.

Die öffentliche Frauen-Versammlung im Vereinshaus am Montag war von reichlich 120 Personen besucht. Frau Margies-Berlin referierte. Eine Resolution, in welcher sich die Versammlung für wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung aussprach, fand einstimmige Annahme.

Achtung, Vorstandsmitglieder der Gewerkschaften! Am Mittwoch abend findet die ordentliche Kartellsitzung der Delegierten und der Vorstandsmitglieder statt. Der wichtigen Tagesordnung wegen wollen alle Mitglieder zahlreich und pünktlich erscheinen.

Oldenburger Friedhofsausstellung. Die allgemeine Versammlung, die am Freitag, 7. März, im Kunstgewerbemuseum stattfinden soll, ist nicht auf 6 Uhr, sondern auf 7 Uhr abends festgesetzt. In ihr werden die Anträge auf Verschiebung der Ausstellung beraten werden. Alle Interessenten sind eingeladen.

Das Schwurgericht trat gestern morgen zu einer Sitzung zusammen und beschäftigte sich mit dem Sittlichkeitsverbrechen, das am ersten Weihnachtstage durch den Maurer Koch bei Sandersfeld verübt wurde. Das Gericht beschloß nach 1½stündiger Beratung, den Angeklagten 6 Wochen in einer Irrenanstalt auf seinen Geisteszustand zu beobachten.

Delmenhorst, 1. März.

Ausschmückung des neuen Rathauses. Unter vorstehender Stichmarke bringt das „Delmenhorster Kreisblatt" in der Nr. 52 eine Notiz, nach der eine Zusammenkunft verschiedener Herren in Schäfers Hotel stattgefunden hat zu dem ausgesprochenen Zweck, etwa 60 000 Mark, sage und schreibe sechzigtausend Mark, für Ausschmückungsgegenstände zusammenzubetteln. Die als wohlhabend anerkannten und eingeladenen Herren haben aber einstimmig den Standpunkt vertreten, es sei Sache des Stadtparlaments, die erforderlichen Mittel zu bewilligen. Erst wenn die städtischen Körperschaften ihr Bestes bei der Ausschmückung getan haben, will man der Sache nähertreten. Diese vorsichtige Zurückhaltung war sehr klug, denn zu der Anbringung der Schmuckgegenstände gehört doch gewiß die Zustimmung der Stadtvertretung. Abgesehen davon, daß bislang niemand legitimiert war, eine Bettelei für das Rathaus zu veranstalten, darf man von der Stadtvertretung nicht erwarten, daß sie zur Unterbringung allen möglichen Plunders in den Diensträumen des neuen Rathauses ihre Zustimmung gibt. Das neue Rathaus soll anständige Räume enthalten, die zur fleißigen Arbeit anspornen, einfach und nett, aber keine Raritätenkabinette und Schauorte für Ahnengalerien. Hier könnte Wohltat leicht zur Plage werden. Aber auch der Ansatz dieser Art Ausschmückung (darunter Fürstenbilder zum Preise von je 2000 Mark), könnten der Stadt insoweit teuer zu stehen kommen, als auch die Stadt gezwungen wäre, die kostspieligen Ausschmückungsanfänge fortzusetzen. Es kann daher nicht frühzeitig und rücksichtslos genug gegen diese Danaergeschenke zu Felde gezogen werden. Inwieweit eine bereits früher durch die Presse gelaufene Notiz dahingehend, der Rathausneubau koste statt 250 000 jetzt 340 000 Mark, mit der Ausschmückung in Verbindung steht, entzieht sich bislang unserer Kenntnis; es dürfte aber heute schon feststehen, daß es wichtigere und notwendigere Aufgaben zu lösen gibt, als das neue Rathaus „auszu—schmücken".

Die Gasmessermiete ungesetzlich. Unter dieser Spitzmarke läuft durch die Presse eine Notiz, nach welcher die städtische Gasanstalt in Delmenhorst mit einer Klage gegen einen Gasabnehmer wegen verweigerter Mietzahlung für Gasmesser kostenpflichtig abgewiesen sei, mit der Begründung aus § 448 des B. G. daß die Kosten der Uebergabe der verkauften Sache, insbesondere die Kosten des Messens und Wägens, dem Verkäufer zur Last falle. Die Redaktion

Der Entgleiste.

Roman von Wilhelm Holzamer.

31 — Nachdruck verboten.

3. Kapitel.

Aber die Klar wollte hoch hinaus. „Schullehrer oder Pfarrer," sagte sie zu den Leuten. Und die Leute machten lange Hälse und guckten sie von oben herunter an. Zunächst sagten sie nichts. Die Klar hat ihren Stutz, sagten sie. Sie war nun halt so, sie mußte immer ihren Stutz haben. Erst mit ihrem Mann, dann mit ihrem Philipp. Es gibt so Menschen, wenn nichts auf die geladen wird, so laden sie sich selbst etwas auf. Am besten war man ganz still dazu. Das tobte sich aus. Und wenn nach zwei Jahren der Philipp aus der Schule kommt, dann steht er in der Lettengrube wie seine Mutter auch. Und das ist auch das Allergescheitste. Das ander', das sind Sperenzen. Es haben alle Menschen ihr Gewisses auf der Welt, über das dürfen sie nun einmal nit hinauskommen. Wenn sie darüber hinaus wollen und drüber hinaus geschoben werden, so tut's nit gut. Das ist Gesetz. Und ein Ziegler, das bleibt ein Ziegler. Verstanden will das auch sein. Eine Schand ist's auch nit. Auch einen Ziegler hat kein Esel aus der Wand herausgeschlagen. Die Klar sollte nur sehen. Sie mocht sich die Hörner abrennen.

Und die Klar schaffte für drei.

Als ihr Gesicht ein wenig ausgeheilt war, nahm sie ihren Philipp und fuhr mit ihm nach Mainz. Er mußte einen neuen Anzug haben, Hut, Stiefel, Hemd, Kragen, alles, was sich gehört. Und alles, wie sich's gehört. Es sollte ihm kein Mensch mehr den Zieglerbuben ansehen — und daß seine Mutter die Zieglerklar war, und sein Vater ein versoffener Maurer.

In Mainz führte sie den Buben erst durch die vornehmen Gassen: durch die Schillerstraße, die große Bleiche, und zurück nach der Ludwigsstraße, unten die Rheinstraße entlang. Am Fischtor kaufte sie ihm ein paar Rosenwecke und einen Hartekuchen.

„Das eß! Genier dich nit, das eß. Das schmeckt anders als Bauernbrot."

„Ihr auch, Mutter," bat der Bub.

„Ich? Für mich ist das Bauernbrot gut genug. Für mich ist das süße Zeugs nix. Aber du — du sollst einmal kein Bauernbrot essen müssen."

Und sie zeigte ihm die vornehmen Häuser, die vornehmen Leute, die feinen Sachen in den Läden, Tee, Orangen, die feine Wurst in Staniol, Lachsschinken, Cervelat.

„Das ist alles nix für unserein Leut," sagte sie. „Aber davon sollst du mal haben."

Und wo sie etwas Schönes sah, da sagte sie nur: „Das ist all mal für dich." Oder höchstens: „Daran sollst du all mal Teil haben. Nit wie wir — nit immer in Lettenkaut stehen müssen — und in dem Drecknest leben. In der Stadt!"

Der Bube machte große Augen. Davon sollte er all haben. Und die Rosenwecke waren gut, und der Hartekuchen wie Weihnachtsguts. Es gab Leute, die das alle Tage essen konnten, nicht nur an den Feiertagen.

„Aber wir sind doch arm, Mutter," warf er ein.

„Arm! Arm bin, arm her. Wir können schaffen."

Er schmiegte sich fester in seine Mutter hinein. Die ging mit großen Schritten. Mit Schritten wie ein Mann. Und ihre schweren Schuhe schlugen tüchtig auf, so daß ihr manchmal die Leute nachsahen.

„Man muß nur was wollen in der Welt, dann kommt man auch heraus aus dem Dreck; dein Vater sind wir jetzt los, das war notwendig, wir wären statt heraus nur tiefer hinein gekommen. Und arm, arm macht gar nix. Ob man was im Kopf hat und was will, dadrauf kommt's allein an."

Sie saßen auf der Treppe des Theaters und sahen hinüber zum Gutenbergdenkmal.

„Weißt du was von dem?" fragte sie.

„Das ist der Gutenberg," antwortete der Bub.

„Na ja, dann weißt du's ja. Von dem kommt die Buchdruckerkunst her. Meinst du aber, der wär reich gewesen? Und meinst du, wenn der reich gewesen wär, dann ständ er da? Gepfiffen!"

Der Philipp machte große Augen. Sie riß ihn auf und zog ihn mit sich fort.

„Komm, wir essen jetzt was. Nachher, wenn du dein Anzug hast, dann können wir nit mehr in die Zieglerwirtschaft gehen. Dann hört's auf. Aber jetzt, da geht's noch."

Der Philipp sagte: „Und Ihr, Mutter!"

Da sah sie ihn erst einmal groß an, und dann sah sie an sich hinab. Ein wenig strich sie mit ihren plumpen Händen über das schwarze Schürzchen, das sie vorgebunden hatte. Dann ging sie rascheren Schrittes und zerrte ihren Sohn heftig neben sich her.

„Und ich?" fragte sie dann nach einer Weile.

Ihre Stimme war hart. Es knurrte etwas darin, wie wenn eine Säge auf einen Nagel im Holz fährt. Dann milderte sie sie und sagte — ihr Ton war immer noch rauh, aber nun doch nicht rauher wie gewöhnlich:

„Du wirst nun groß, und eines Tages hängt alles an dir. Auch dein Mutter. Denn heut kann ich noch schaffen. Morgen auch noch. Auch in ein paar Jahren noch, aber auf einmal ist's aus. Auf einmal kann man nit mehr, mit dem besten Willen nit. Da sind die Knochen mürb und die Gelenke steif. Jetzt aber, wo ich's noch kann, da schaff ich für dich. Da soll mir nix zu viel sein. Im Dreck, im Letten. Und da darfst du dich deiner Mutter nit schämen, wenn du

Landesbibliothek Oldenburg

dieses Blattes hatte die Notiz dem „Berl. Tageblatt" entnommen und unter Quellenangabe unter Delmenhorst zum Abdruck gebracht. Von maßgebender Seite wird uns jetzt mitgeteilt, daß die Angaben in der Notiz, abgesehen davon, daß der Vorgang aus dem Jahre 1901 stammt, nicht richtig ist. Im Jahre 1901 verweigerte ein Gasabnehmer die Gasmessermiete der damaligen Gaswerks-Aktien-Gesellschaft gegenüber, erreichte auch beim Amtsgericht Delmenhorst ein obsiegendes Urteil. Auf eingelegte Berufung entschied die 2. Zivilkammer beim Landgericht Oldenburg am 15. April 1902 daß der Gasabnehmer die geforderte Gasmessermiete zu zahlen habe. In der Begründung wurde ausgeführt, daß § 448 des B. G. nicht zwingender, sondern dispositiver Natur sei, also jederzeit durch abweichende Parteivereinbarung aufgehoben werden könne. — Auf welche Weise dieser Vorgang wieder in die Oeffentlichkeit gekommen und als Neuheit frisiert ist, wird wohl schwerlich ermittelt werden.

Eine Denkmünze statt Zwanzigmarkstück ist in einem hiesigen Geschäft beim Verkauf in Zahlung gegeben und angenommen. Ob Absicht oder Irrtum bei dem Käufer obgewaltet hat, ist noch nicht ermittelt worden.

Nordenham, 4. März.

Der Sozialdemokratische Wahlverein hält am Donnerstag den 6. März, abends pünktlich 8½ Uhr anfangend, in Kohners Lokal seine Monatsversammlung ab. Wegen der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder Pflicht. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Armenkommission. Die nächste Sitzung der Armenkommission findet am Donnerstag den 6. März, nachmittags 5 Uhr, im Rathause statt.

Feuer. Am Sonntag mittag zwischen 12 und 1 Uhr wurden die Feuerwehren alarmiert. Es brannte das landwirtschaftliche Anwesen von Carl Meenken in Sarve, wo kurz nach 12 Uhr, wahrscheinlich in der Räucherkammer, Feuer entstanden war, das sich bei dem herrschenden ziemlich heftigen Winde rasch über das Wohn- und Stallgebäude verbreitete. Als die Feuerwehren von Atens und Abbehausen als erste auf der Brandstätte eintrafen, war an eine Rettung der Gebäude nicht mehr zu denken. Das Vieh konnte rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden, auch war es noch möglich, das Mobiliar der Bewohner zu retten. Auf das von Atens hierher weitergegebene Alarmsignal rückten auch die die Nordenhamer Turner-Feuerwehr mit Spritze und Gerätewagen, sowie Mannschaften der Pflichtfeuerwehr nach dem Brandplatze.

Brake, 4. März.

Stadtratswahlergebnis. Bei der am Freitag stattgefundenen Wahl zum Stadrat hat die hiesige Arbeiterschaft einen schönen Erfolg zu verzeichnen. Im ganzen sind gewählt worden: Oberamtsrichter Ricklefs mit 767, Wasserschout Hendorff mit 759, Schneidermeister J. Hayen mit 736, Landmann H. Müller mit 542, Hausmann H. Addicks mit 486, Kaufmann W. tom Hafseln mit 471, Zimmermann W. Jordan mit 464, Bahnmeister Bartels mit 325, Gastwirt D. Brunken mit 306, Schlosser D. Seggermann mit 300 und Arbeiter H. Bischoff mit 285 Stimmen. Als Ersatzmänner wurden gewählt: Kaufmann J. Strüfing mit 305, Direktor R. Butz mit 305, Uhrmacher L. Wefer mit 295, Arbeiter H. Inhülsen mit 287, Sielmeister P. zu Klampen mit 285 und Gastwirt D. Decker mit 285 Stimmen. Hiermit erhöht sich die Zahl unserer Genossen im Stadtrat auf 4. Bisher waren wir nur durch einen Genossen dort vertreten. Wünschen wir, daß sich die Zahl unserer Stadtratsmitglieder bei den nächsten Wahlen noch um einige vermehren möge, damit die breite Masse die ihr gebührende Vertreterzahl erhält.

Unverantwortlicher Leichtsinn. Am Sonntag nachmittag ereignete sich hier ein trauriger Unglücksfall. Als der Barbier M. zu Klippkanne einen Revolver auf das Kind seines Bruders, das bei ihm zu Besuch war, scherzweise anlegte, kam er unvorsichtiger Weise an den Hahn und der Schuß traf das Kind in den Kopf. Es starb nach kurzer Zeit und M. wurde verhaftet.

Die Freie Turnerschaft Brake feiert am Sonntag den 9. März in der „Burg Hohenzollern" (D. Decker) ihren Kappenball. Die organisierte Arbeiterschaft Brakes ist hierzu freundlichst eingeladen. Beginn des Balles abends 7 Uhr.

Aus aller Welt.

Das „Verbrechen" des „Kameraden". In Bartenstein starb dieser Tage ein Maurer, der 25 Jahre lang dem Kriegerverein angehört und über 500 Mark an Beiträgen bezahlt hat. Er sollte nun unter Beteiligung des Kriegervereins beerdigt werden. Die Bekanntmachung dazu war erlassen, doch am andern Tage prangte im Lokalblättchen folgende Anzeige:

Kriegerverein Bartenstein.

Die Beteiligung des Kriegervereins an der Leichenfolge des Maurers Sachs unterbleibt, weil er einer freien Gewerkschaft angehört hat. Der Vorsitzende: Reschke.

Dem langjährigen Mitglied sollte also niemand folgen, weil er einer Gewerkschaft angehört hatte. Das galt dem Vorsitzenden als ein fluchwürdiges Verbrechen. Die Mitglieder haben sich aber nicht daran gekehrt. Es konnte ein großes Gefolge verzeichnet werden und nur die „Führer" der Kriegervereinssache haben gefehlt.

Milde Justiz. Vor dem Schöffengericht Neuhaldensleben war der Arbeiter Willi Horst wegen Körperverletzung angeklagt. Er hatte im Oktober 1912 den Arbeiter Börtfeld schwer mißhandelt, indem er ihn derart heftig gegen den Kopf schlug, daß der Mißhandelte zu Boden stürzte, wo ihm dann der Angeklagte noch mehrere Tritte mit dem Stiefelabsatz gegen den Kopf versetzte. Der mißhandelte Börtfeld wurde so schwer verletzt, daß er sich noch immer im Krankenhaus befindet; es besteht wenig Hoffnung, ihn am Leben zu erhalten. Die Ursache der Mißhandlung soll darin gelegen haben, daß der Verletzte nach der Aussage eines als Zeuge vernommenen Polizeikommissars dem Angeklagten das Wort „Katzmann" zugerufen habe. Das bedeutet nach der Aussage des Zeugen so viel wie Schmarotzer und soll darauf Bezug gehabt haben, daß der Angeklagte vor einigen Jahren gelegentlich eines Kutscherstreiks als Arbeitswilliger aufgetreten ist. Das Gericht erkannte auf die gelinde Strafe von einer Woche Gefängnis. Die Strafe fiel so milde aus, weil das Gericht, gestützt auf die Aussagen ärztlicher Sachverständiger, annahm, daß die schwere Krankheit des Mißhandelten — Nervenlähmung — keine unmittelbare Folge der Mißhandlung sei. — Wie wäre es wohl gekommen, wenn die Rollen vertauscht gewesen wären?

Skandal in der Wiener Hofoper. In der vorgestrigen Aufführung von Meyerbeers „Hugenotten" kam es in der Hofoper zu großen Skandalen. Die Hauptrolle der Valentine mußte infolge Absage der Frau Weidt mit der unbekannten Sängerin Kempter-Jarno, Mitglied eines Provinztheaters, besetzt werden; auch die Rolle der Margarete von Valois war mit einem Gast, Fräulein Wesel aus Brünn, besetzt. Die beiden Damen, die ihrer Aufgabe nicht genügten, wurden durch die Zeichen des Mißfallens nervös gemacht. Im dritten Akt setzte ein ungeheurer Spektakel ein. Das Zeichen gab die vierte Galerie, und schließlich beteiligte sich das gesamte Publikum an dieser Demonstration. Als der Oberregisseur vortrat und den vorzeitigen Schluß der Vorstellung ankündigte, erhob sich neuer Lärm. Die Skandalisenen setzten sich noch auf der Straße fort. Die Demonstration richtet sich gegen den aus Berlin nach Wien gekommenen etwas strengen Direktor Gregro.

Warenhausdiebe. Eine Gesellschaft von fünfzehn Warenhausdieben und Hehlern ist der Berliner Kriminalpolizei in die Hände gefallen. Unter den Verhafteten befinden sich Bauzeichner, Handlungsgehilfen, Cloqueure, Kellner, Friseure, Schlosser und andere Handwerker. An der Spitze der Diebes- und Hehlergesellschaft standen ein Schlosser Marschall, ein Kellner Anton Puchalski und ein Kaufmann Konrad Peter. Der Letztgenannte war die Seele des ganzen Diebesunternehmens. Er sorgte für neue Mitglieder, für lohnenden Absatz und für Belehrung der Teilnehmer über ihr Verhalten bei der etwaigen Festnahme. Seine Wirksamkeit machte es der Kriminalpolizei schwer, die Mitglieder der Diebesbande zu überführen. Erst durch umständliche Ermittelungen, Einzelvernehmungen und Gegenüberstellungen gelang es, die Verhafteten zu einem Geständnis zu bringen. Sie werden sich schon in der nächsten Zeit vor dem Strafrichter zu verantworten haben.

Dreifacher Selbstmordversuch. Ein dreifacher Selbstmordversuch wurde von einem Mädchen in der Luisenstraße in Berlin verübt. Dort nahm die 20jährige Elisabeth Meißner, die bei einem Arzt in Stellung ist, Morphium, um ihrem Leben ein Ende zu machen. Als das Gift nicht rasch genug wirkte, versuchte sie sich in der Badewanne zu ertränken. Aber auch hiermit kam sie nicht zum Ziel. Jetzt sprang sie mit ihren nassen Kleidern aus dem Fenster der im zweiten Stock gelegenen Wohnung auf die Straße, wo sie mit zerschmetterten Gliedern liegen blieb. Da sie noch Lebenszeichen von sich gab, wurde sie nach der nahegelegenen Charité gebracht, wo sie bewußtlos daniederliegt. Ueber den Grund der Selbstmordversuche konnte noch nichts ermittelt werden, da das Mädchen nicht vernehmungsfähig ist und auch keine Aufzeichnungen hinterlassen hat.

Raubüberfall durch Automobilapachen. In Newyork ist von Automobilapachen auf offener Straße ein Raubüberfall ausgeführt worden. Drei Automobilverbrecher, die mit Revolvern und Betäubungsmitteln ausgerüstet waren, überfielen um Mitternacht auf dem Broadway einen Juwelier und raubten ihm Juwelen im Wert von 9000 Dollars. Nach einem Revolverkampf mit Polizeibeamten entflohen die Verbrecher, wobei sie sich nacheinander zweier Automobildroschken bedienten. In der ersten ließen sie einen Teil ihrer Beute im Werte von 7000 Dollars liegen.

Vermischtes.

Eine kurze Anfrage an den Reichskanzler. Die folgende heitere Geschichte wird in parlamentarischen Kreisen erzählt. Auf einem Diner fragte man einen der bekanntesten liberalen Reichstagsabgeordneten, der im Reichstag bisweilen auf offiziellem Platze sitzt — ob er nicht auch einmal eine „kurze Anfrage" an die Reichsregierung richten wolle. Der humorbegabte Abgeordnete entgegnete: „Schon in der nächsten Sitzung beabsichtige ich die Regierung zu interpellieren mit der Frage: „Lebt der Reichskanzler noch? Wenn ja, was gedenkt er dagegen zu tun?" Wie von gut informierter Seite versichert wird, hat man über den Einfall des wohlbeleibten Geheimrats nicht nur in den Kreisen seiner parlamentarischen Kollegen gelacht, sondern auch an einer sehr hohen Stelle.

Versammlungs-Kalender.

Mittwoch, den 5. März.

Rüstringen-Wilhelmshaven

Internat. Guttempler-Orden, Loge „Nordseestrand". Abends 8½ Uhr: Peterstr. 14.

Donnerstag, den 6. März.

Brake.

Arbeiter-Gesangverein Frohsinn. Abends 8½ Uhr bei E. Janßen.

Schiffahrts-Nachrichten.

Vom 3. März.

Telegramme des Norddeutschen Lloyd

Postd. Altair, von Brasilien, gestern Cuxhaven passiert.
Postd. Barbarossa, nach Newyork, gestern Dover passiert.
Kpostd. Bremen, von Ostasien, gestern Colombo an.
Postd. Breslau, nach Galveston, vorgestern dortselbst an.
Postd. Chemnitz, von Baltimore, heute Dover passiert.
Postd. Coburg, nach dem La Plata, gestern Buenos Aires an.
Postd. Eisenach, nach Brasilien, vorgestern Cuxhaven passiert.
Kpostd. Elsaß, nach Australien, gestern Melbourne an.
Postd. Erlangen, von Brasilien, gestern auf der Weser an.
Postd. George Washington, von Newyork, gestern auf der Weser an.
Postd. Gießen, nach Brasilien, vorgestern Santos an.
Kpostd. Gneisenau, von Australien, gestern Genua an.
Kpostd. Lützow, nach Ostasien, vorgestern ab Gibraltar.

Kufeke
eine bewährte Krankenkost für Erwachsene
bei Störungen der Verdauung
bei Schwäche u. Appetitlosigkeit.

auch gepatzt hist. Und wenn ich dann nit mehr kann, dann auch nit."

„Nein, Mutter," sagte er.

Plötzlich rüttelte und schüttelte sie ihn heftig an der Hand, an der sie ihn führte, und sagte mit grober Stimme, mit wilder Heftigkeit:

„Sollst dich unterstehn. Sollst dich unterstehn! In dem Augenblick, wo ich dir nit mehr gut genug bin, schmeiß ich dich hinaus, daß du Hals und Bein brichst, wie ich dein Vatter hinausgeschmissen hab."

Der Bub sagte: „Ich weiß ja gar nit, was Ihr wollt, Mutter."

„Na ja," stieß sie heraus. „Merk dir's. Merk dir's nur. Meiner Sel, das tu ich. Und wenn du mir ein Lump wirst, wie dein Vatter — dann nit mehr unter die Augen!"

Auf den Philipp machte das nicht allzu tiefen Eindruck. Er war die barsche Art seiner Mutter gewöhnt. Was wollte sie denn nur. Den richtigen Sinn verstand er nicht. Sie brauchte ihm keine Kleider zu kaufen. Sie konnte ihn ruhig in die Lettenkante stecken, wenn er aus der Schule war. Da hatte er sich nicht zu schämen. Da schaffte er wie sie auch. Aber wenn sie's wollte, daß er Schullehrer oder Pfarrer werden sollte, dann war ihm das auch recht. Es gab vielleicht ein bißchen viel zu lernen — aber den Lettenkorren drücken, war auch nicht den Mäus gepfiffen. Er dachte nicht weiter drüber nach. Er dachte an neue Kleider, und daß die ihm gut stehen würden. Ein Hütchen, aufs eine Ohr, — er wollt's schon fein machen.

Im Dorf sagten die Leute, der Philipp habe die Lustigkeit von seiner Mutter und den Leichtsinn von seinem Vater. Er machte ein bißchen gern den Majores (den Hanswurst). Und seine Mutter lachte sich helle Tränen dazu. Das wollte sie gerade. Wenn er auf der Gasse herumtanzte, dann wurde sie nicht fertig zu rufen: „Tanz nur, tanz nur!" Das rief sie mit einem hellen A, wie's gar nicht im Dorfe gesprochen wurde, und es klang den Leuten komisch, so daß sie's gerne nachäfften. Das A hatte sie von ihrer Mutter geerbt, die aus der Bingener Gegend her war. Im Mainzerland war das A dunkler.

Na ja, und dann dachte der Philipp, wie er mit seinem Hütchen auf einem Ohr unter den Kindern der Gasse herumtanzen tät. Außerdem war so viel zu sehen hier im Leben und Treiben der Stadt, da konnte er den Worten der Mutter nicht viel nachhängen. Er sagte nur:

„Ich weiß nit, was Ihr wollt, ich schäm mich ja gar nit." —

Dann traten sie in eine Wirtschaft ein, die Klar bestellte zwei tüchtige Glas Rheinisch-Aktien-Bier, zwei warme Heesbchen (Schweinsknöchel), und sie sprach ihrem Philipp tüchtig zu, daß er einhauen sollte.

Dann ging sie mit ihm in die Schustergasse und kaufte für ihn ein. Alles, was sie sich gedacht hatte. Und ein grünes Hütchen mit einer krummen Entenfeder. Die schworen gefielen ihr nicht. Sie fand, daß der Philipp sehr gut so aussah. Als er vor den Spiegel trat und sein Hütchen rückte und es ordentlich auf die Seite schob, da sagte sie zwar: „Hoppes (Fatze), der du bist, so arg brauchst's nit zu machen," aber sie lachte doch, und der Philipp ließ es fest auf einem Ohr sitzen. Dann trollten sie los. Sie gingen über Zahlbach an der römischen Wasserleitung vorbei, denn die Klar dachte, es sei gut, das dem Philipp zu zeigen. Viel erklären konnte sie ihm freilich dabei nicht. Da müsse er den Schullehrer fragen, aber „der Teufel könnt wissen, wie die Kerl das gemacht hätten mit dem Mauerwerk. Sieben Gäul könnten das nit umreißen, und wenn sie ziehen täten wie die Bär'n". Das war's, was sie von dem Werke der Römer verstand.

Als sie die Pariser Straße hingingen, begann es schon zu düstern. Ganz langsam sanken die Dörfer ins Grau, und bald ins Dunkel. Aus der Pfalz fuhren die Kutscher herein in die Stadt. Von ferne sah man schon die Hügelhöhen herunterkommen — an der Deichsel schwankten die brennenden Laternen.

Auf der Marienborner Brücke sahen sie zu, wie ein Zug unter ihnen durchfuhr, und als sie weitergingen, berührte es sie eigentümlich, daß nun unter ihnen der Tunnel war, der jeden Augenblick zusammenrutschen konnte. Denn die Klar, die darin Fachkenntnis hatte, erklärte dem Philipp, daß das aus Flonheimer Sandstein gebaut sei, und der wär „weich wie Butter".

Aber sie kamen glücklich drüber.

(Fortsetzung folgt.)

Kleines Feuilleton.

Der Guckkasten eröffnet seine neueste Nummer (9) mit einer stimmungstiefen Prosadichtung von dem bedeutendsten Dichter der heutigen Schweiz Ernst Zahn, der sich damit zum ersten Male in die Reihe der Mitarbeiter der gediegenen Wochenschrift einreiht. Karl Busse, der zu den ersten Lyrikern unserer Tage gehört, steuert seine Strophen bei, und Ludwig Engel vertritt das heitere Element in seiner ulkigen Skizze „Somit auf der Alm". Zeitgemäß ist der Beitrag „Eine Lösung der Dienstbotenfrage", zeitgemäß auch der andere „Die Räuber im Zauber des Films". Wie in jeder Nummer sind auch in dieser die beliebten Mitarbeiter der schönen Hefte Fritz Mehr, Gustachuis u. a. m. vertreten. Von den bunten Bildern, die nach und nach eine trefflliche Auswahl aus der zeitgenössischen Malerei ergeben, nennen wir nur das „chinesische Porzellan" von L. Willer, Paris, „In der Bibliothek" von Hermann Groß, Weimar, den „Rabenturm bei Belzig" von Bruno Bielefeld usw.

Landesbibliothek Oldenburg

Vertr.: Ernst Becker, Kieler Strasse 77, Tel. 982.

Rheinperle

Margarine
ganz frisch vom Block
in allen Geschäften
feinster
Molkereibutter
gleich.

GIPKENS

Jurgens & Prinzen G. m. b. H., Goch (Rhld.)
Fabrikanten der altbewährten Marke **SOLO** in Carton

Vertr.: Ernst Becker, Kieler Strasse 77, Tel. 982.

Derjenige Herr

mit dem schwarzen Schnurrbärtchen, der uns auf der Rückfahrt hierher im gestrigen Abendzuge so angenehm unterhielt und u. a. erzählte, daß er sich seit Jahren mit **Erdal** für ein paar Pfennige monatlich sein Schuhwerk weich und elegant erhalte, hat auf meine Töchter Julchen, Jettchen, Lischen und Linchen tiefen Eindruck gemacht und wird, wenn noch hier, um Besuch gebeten bei **Eusebius Schlaumaier**, Villa Töchtersegen.

Altbewährtes, kohlehaltendes Briket.

G. R.

Goldene Medaille Emden 1888.
Ueberall zu haben.
General-Vertretung: Fisser & v. Doornum, Emden.

Bekanntmachung.

Die Voranschläge der Stadt Rüstringen für das Rechnungsjahr 1. Mai 1913 bis dahin 1914 liegen vom 5. bis 20. d. Mts. im Zimmer Nr. 2 des Rathauses an der Zedelmoistraße öffentlich aus. Einwendungen sind beim Stadtmagistrat einzubringen.

Rüstringen, den 3. März 1913.

Stadtmagistrat.
Dr. Lucken.

Verdingung.

Für das Erholungshaus Birkenfeld bei Varel soll die Lieferung von 17 Kleiderschränken öffentlich verdingen werden.

Angebote mit der Aufschrift „Kleiderschränke Haus Birkenfeld" sind bis zum 15. März, vormittags 10 Uhr, verschlossen an unsere Bauregistratur, Rathaus Wilhelmshavener Straße, Zimmer 9, einzureichen. Angebote mit Zeichnungen können daselbst bezogen werden für zusammen 50 Pf.

Rüstringen, den 1. März 1913.

Stadtmagistrat.
Dr. Lucken.

Bleiben Sie ehrlich
in Ihrem Urteil und Sie werden nach einmaligem Versuch zugeben, dass Sie
nie besser gewaschen
haben, wie mit Persil. Millionen Hausfrauen brauchen und loben es täglich!
Überall erhältlich, nie lose, nur in Original-Paketen.

Persil
das selbsttätige
Waschmittel
Der grosse Erfolg!
HENKEL & Co., DÜSSELDORF. Henkel's Bleich-Soda.
Noch Fabrikanten der altbekannten

Delmenhorster Margarine-Werke
H. Petersen & Co. m. b. H., Delmenhorst,
empfehlen ihre anerkannt erstklassigen
Butterersatz-Marken
Oldenburger Süssrahm-Margarine:
Perle von Oldenburg
Weserruhm
Wesergold
Höchste Auszeichnung.
Grossherzogl. Oldenburg. Staatsmedaille.
:—: Ausstellung Oldenburg 1912. :—:

gehen ist alt gleichbedeutend mit sich erkälten. Darum pflegen vorsorgliche Frauen besonders bei rauhem Wetter in der Handtasche neben Portemonnaie und Schlüssel eine Schachtel Wybert-Tabletten mitzunehmen, die jede Heiserkeit im Entstehen bannen. Die Schachtel kostet in allen Apotheken und Drogerien nur 1 Mark und die Wirkung ist unübertroffen.
Niederlagen in Rüstringen Apotheke von C. König, Anker-Apotheke, Hafen-Apotheke, Zentral-Drogerie; in Wilhelmshaven: Einhorn-Apotheke, Rats-Apotheke, Hohenzollern-Drogerie.

Lobende Anerkennung
erhalten wir täglich über unsere
ff. Pflanzenbutter Tha-Ga
(Margarine)
1/1 Pfund-Paket 80 Pf. 1/2 Pfund-Paket 40 Pf.
Rabattmarken.
Bester Ersatz für teuere Molkerei-Butter!
Der kolossal steigende Umsatz ist der beste Beweis für die hervorragende Güte und unübertroffene Qualität unserer **Tha-Ga.**
Ein Versuch überzeugt! Ein Versuch überzeugt!
Hamburger Kaffee-Lager
Marktstraße 29 B. Thams & Garls. Marktstraße 29 B.

Emden.
Möbel aller Art kauft man am besten und billigsten in vorzüglicher Ausführung in **Reihers Möbelhaus**, Krahnestrasse 42. — Aufarbeiten von Sophas und Matratzen in eigener Werkstatt.

Pneumelastikum. D.R.P. Luftlose Radbereifung
Luftschläuche vollkommen unnötig. — Nur zu haben bei **Diedr. Janssen**, Rüstringen, Peterstr. 3 (Café Royal).

Dr. Thompson's Seifenpulver
(Schutzmarke Schwan)
eignet sich nicht nur zum Waschen, sondern wird auch vorteilhaft verwendet beim Putzen, Scheuern und Abseifen. Es ist daher im Haushalt
unentbehrlich

Zu vermieten.

zum 1 Juli 1913 ein schöner

Eckladen

Ecke Paul- und Zedelmoistraße für jedes Geschäft passend, mit oder ohne Wohnung, ev. mit Pferdestall. Näheres bei **A. Peters**, Fischhandlung, Neue Straße 16, oder b. Hausmann, Zedelmoistr. 33.

Zu vermieten

zum 1. April in meinem Hause, Dangastermoor, 2 Minuten vom Bahnhof, eine dreiräum. Oberwohnung mit Keller, Stall u. ca. 1000 Quadratmeter Garten- und Ackerland zum Preise von 15 Mk.

Joh. Ahlers, Wilhelmsh. Str. 69.

Zu vermieten

unmöbl. Zimmer mit Kochoerr. Neuengroden, Schwarz. Weg 144.

2 Großstückmacher

für dauernde Beschäftigung gesucht.

W. Ahl
Schneidermeister, Müllerstr. 31.

Gesucht

auf sofort ein **jüngerer Laufbursche** für den ganzen Tag.

Otto Wiechmann, Marktstr. 24.

Gesucht

zum 1. Mai ein zuverlässiges tüchtiges **Mädchen** für Haushalt und Laden, bei Familienanschluß und guten Lohn.

Julius Mayer, Westerstede i. O.

Schöne Herren- u. Damen-

maskenkostüme verleiht billig **Blicke**, Siebethsburg, Ebenburgstr. 1

Strebsamer Mann

f. **Uebernahme** einer **Versandstelle** in jed. Bezirk f. dauernd **gesucht.** Beruf u. Wohnort gleich, o. Kapitalbedarf, f. Risiko, auch als Nebenerwerb geeignet. Eink. bis 350 Mk. monatl. Nur arbeitsfr. strebsame Leute w. angeb. Anfr. u. **Postkarte Nr. 87, Postamt Cöln 10.**

Stundenfrau

oder **Mädchen** für sofort gesucht **Dr. med. Andreas**, Wallstr. 16

Gesucht

auf sofort eine **Haushälterin.** Zu melden von 6 Uhr abends an Verl. Bismarckstr. 98.

Zwei schöne Damen-Maskenkostüme billig zu verleihen. Verlängerte Göckerstr. 50, III.

Automobil-Fahrten billig.

von Halle. Tel. 242.

Gesucht

tüchtiges **Mädchen** für vormittags auf sofort bei hohem Lohn. Wilhelmshaven, Roonstr. 37 b, III. l.

Gesucht

ein **Mädchen** von 18 bis 20 J. für den ganzen Tag.

Herm. Krimmling, Börsenstr. 41.

Gesucht

zu Ostern **Zimmererlehrling.**

Ant. Eggerichs, Mitscherlichstr. 22

Nordenham.
Wilhelm Harms Buchhandlung
Tabak und Zigarrengeschäft
empfiehlt sich zur Lieferung sämtlicher Arbeiter-Literatur, für die Schule, Schulbücher und Schulutensilien.
Abonnements und Anzeigen für das **Norddeutsche Volksblatt** sowie alle Arten Drucksachen nehme jederzeit entgegen. — Bilder aller Art werden sauber eingerahmt.
Filial-Expedition des Nordd. Volksblattes.

Landesbibliothek Oldenburg